

Oliver Pye

Migration, Netzwerke und Alltagswiderstand: Die umkämpften Räume der Palmölindustrie

Keywords: Palm oil, contested spaces, TPSN framework, migrant workers, everyday resistance

Schlagwörter: Palmöl, Umkämpfte Räume, TPSN-Ansatz, Migrant_innen, Alltagswiderstand

„Termingeschäfte mit Palmrohöl an Malaysias Derivatensbörse waren aufgrund einer angespannten Versorgungslage und hoher Preise für Sojaöl am Dienstag stabil, während Sorgen über die Euroschuldenkrise dazu führten, dass die Preise nicht noch mehr stiegen.“ (Palm Oil HQ Daily Update 20. 12. 2011)

„Wir waren erst zwei Monate in Malaysia, als die Polizei uns aufgriff und ins Gefängnis warf. Dort wurden wir nackt ausgezogen, und schämten uns dafür.“ (Indonesische Palmölarbeiterin, Makassar, 12. 10. 2010, Interview mit dem Autor)

Palmöl ist eine äußerst erfolgreiche „Flex Crop“, die als Nahrungsmittel, in der Kosmetik- und Chemieindustrie sowie als Agrotreibstoff vielerlei Verwendung findet. Die Verbindung zwischen dem Konsum von palmöhlhaltigen Produkten in Europa und der Expansion von Palmölplantagen in Südostasien hat schon längst zu einer Politisierung dieses Themas geführt. Regenwald- und Klimagerechtigkeitsaktivist_innen in Europa vernetzen sich vorwiegend mit indonesischen Umwelt- und Menschenrechtsaktivist_innen, um eine Reduktion des Palmölkonsums zu erreichen. Sie fokussieren dabei aus guten Gründen auf die räumliche Dynamik der territorialen Expansion der Plantagen und thematisieren in erster Linie die Zerstörung von Regenwäldern und die vielen Landkonflikte. Bislang fehlen aber eine systematische Analyse der raumwirksamen Dynamiken des Palmölbooms und eine strategische Diskussion darüber, wie verschiedene umkämpfte Räume zueinander in Beziehung gesetzt werden können.

Eine solche Diskussion ist deshalb wichtig, weil der Palmölboom nicht nur Regenwald zerstört, sondern neue, gesellschaftliche Räume produziert, die das Leben von Millionen Menschen verändern. Dabei zeichnet sich die Palmölindustrie durch widersprüchliche Transnationalisierung, Neukonfigurierung und Entkopplung von physischen, ökonomischen, sozialen und

politischen Räumen aus. Während die Plantagen physisch auf Südostasien – vor allem Malaysia und Indonesien – und zunehmend nach Lateinamerika und Afrika ausgedehnt werden, wird das Öl in transnationalen Wertschöpfungsketten nach Europa, China und Indien gebracht. Ökonomisch bilden sich Knoten des Reichtums in Singapur, Kuala Lumpur und Jakarta, die mit Mehrwert aus den peripheren Ausbeutungsräumen auf Kalimantan und Sumatra versorgt werden. Die Arbeitenden – Migrant_innen aus Indonesien – bilden ihrerseits quer dazu liegende transnationale soziale Räume, die Dörfer in Nicht-Palmöl-Landschaften mit Plantagen verbinden.

Dass unterschiedliche Raummaßstabebenen relevant sind, zeigen die beiden oben angeführten Zitate. Investitionsentscheidungen finden „raumlos“ auf der Ebene der globalisierten Finanzmärkte statt. Dies wird durch das erste oben angeführte Zitat ausgedrückt: per Mausklick werden auf den Finanzmärkten „Palm Oil Futures“ (Termingeschäfte) in Sekundenschnelle um die Welt geschickt. Der Mausklick ist dabei weniger von konkreten Orten der Palmölproduktion abhängig als von Nahrungsmittelspekulationen, der Preisentwicklung von Konkurrenzrohstoffen wie Soja- oder Rohöl oder von der Entwicklung der Eurokrise. Umgekehrt bewirken die Mausclicks konkrete Veränderungen im Raum bis in die räumliche Maßstabebene des Körpers hinein. Dies wird durch das zweite Zitat ausgedrückt: Die Arbeiter_innen der Palmölindustrie bewegen sich in einem sozialen Raum, der mitunter durch Prekarisierung, politische Repression und physische Gewalt gekennzeichnet ist. Die „guten Aussichten“ für Palmöl, die auch mit ihrer Austauschbarkeit als Öl, Brennstoff und chemischem Grundstoff zusammenhängen, begründen, dass Kapital in neuen Plantagen „zirkuliert“ und dass „Körper“ ausgezogen und erniedrigt werden.

Dieser Artikel greift einige Ansätze der Kritischen Geographie und des „spatial turn“ (räumlichen Wende) der Sozialwissenschaften auf, um eine raumwirksame Untersuchung der Palmölindustrie zu versuchen. Zunächst folgt er der grundlegenden Überlegung, dass Raum nicht einfach da ist, sondern „produziert“ wird, und dass Raum im Kapitalismus „umkämpft“ ist (Belina & Michel 2011: 18). Die raumwirksame Dynamik der Palmölindustrie wird David Harvey (2001) und Neil Smith (1984) folgend aus dem krisenhaften Expansionsdrang im Kapitalismus abgeleitet, die zu spezifischen und historisch bedingten Strukturen im Raum führen. Um eine zu ökonomistische und funktionalistische Herangehensweise zu vermeiden, aber auch um verschiedene räumliche Dynamiken zu berücksichtigen, wird der „TPSN-Ansatz“ von Bob Jessop, Neil Brenner und Martin Jones (2008) aufgegriffen. Diese im strategisch-relationalen Ansatz verortete Herangehensweise an Raumdynamiken versucht *Territory* (Territorialität,

interne und externe Grenzziehungen), *Place* (Orte, mit Geschichte gefüllte sozial kontingente Räume), *Scale* (vertikale und hierarchische Raummaßstabsebenen) und *Network* (Netzwerke, Flüsse, Rhizome) zueinander in Beziehung zu setzen und sieht diese als Ausdruck sowohl der Widersprüche des Kapitalismus als auch des Versuchs, diese Widersprüche regulierend zu lösen (Jessop u.a. 2008: 395).

Dem TPSN-Ansatz folgend skizziere ich in diesem Artikel, wie Territorien, Orte und Netzwerke auf verschiedenen Maßstabsebenen die Palmölindustrie und ihre Kämpfe bestimmen. Dabei frage ich, wie die spezifischen „gesellschaftlich-räumlichen Verhältnisse“ der Palmölindustrie und ihre „TPSN-Ensemble“ im historisch-geographischen Kontext zu Neukonfigurierungen der sozialräumlichen Landschaft führen (ebd.).

Im ersten Schritt wird von der Kapitalperspektive ausgehend der ökonomische Raum der Palmölindustrie untersucht. Das zentrale Argument lautet hier, dass jener aus einer Verschränkung zwischen der territorialen Expansion in den geographischen Raum hinein sowie einer netzwerkartigen Expansion entlang von transnationalen Wertschöpfungsketten gekennzeichnet ist. Die territoriale Expansion ist in mehrfacher Hinsicht umkämpft. Indigene Gruppen, die eigene, waldzentrierte Naturverhältnisse verteidigen, sowie Kleinbäuerinnen und -bauern, die Subsistenzwirtschaft betreiben, wehren sich gegen die Inklusion in die Palmöllandschaft, während Bäuerinnen und Bauern, die Ölpalmen anbauen, die Bedingungen dieser Inklusion verhandeln.

Im zweiten Schritt wird der politische Raum des Palmöls diskutiert. Für die Durchsetzung der neuen „gesellschaftlichen Palmölverhältnisse“ ist der Nationalstaat entscheidend, wobei verschiedene Staatsorgane und administrative Ebenen eine Rolle spielen. Die Politisierung des Themas findet aber zunehmend in einem transnationalen Raum von *networked governance* statt, der Orte in Südostasien mit Orten in Europa verbindet. „Transnationale Aktivist_innen“ (Tarrow 2005), in *Transnational Advocacy Networks* (TANs; Keck & Sikkink 1998) organisiert, verknüpfen in Marken-Kampagnen die umkämpften Räume der territorialen Expansion mit der Maßstabsebene des Konsums. Als Reaktion darauf bilden die Palmöl- und Nahrungsmittelkonzerne und Banken entlang der Wertschöpfungsketten ihr eigenes *governance network*, den *Roundtable on Sustainable Palmoil* (RSPO), bei dem der Nationalstaat als politisch zentrale Maßstabsebene an Relevanz verliert. Allerdings führen die Klimadebatte und die gezielte Förderung von Agrarkraftstoffen zu einer Neupolitisierung der Palmölökonomie, im Zuge derer politische Maßgaben einiger Nationalstaaten und der EU in den Fokus neuer Netzwerke und Kampagnen treten (Pye 2010).

Als dritter Schritt wird das aktive Handeln der Arbeiter_innen bei der Produktion der gesellschaftlich-räumlichen Landschaften der Palmölindustrie untersucht, wobei hier der Schwerpunkt auf die transnationalen sozialen Räume der indonesischen Migrant_innen in den malaysischen Plantagen gelegt wird¹. Herod (2011: 185) folgend lässt sich zeigen, dass die Arbeiter_innen „durch ihre sozialen und räumlichen Praxen, mit denen sie ihre Reproduktion ermöglichen“ „ebenfalls aktiv an der ungleichen Produktion des Raums beteiligt sind.“ Das subjektive Handeln der Migrant_innen wird hier als aktive soziale Bewegung verstanden, die ihrerseits raumwirksam wird. Diese „Autonomie der Migration“ (Mezzadra 2011) führt dazu, dass das Migrationsregime des malaysischen Nationalstaats durch Alltagswiderstand in Frage gestellt wird. Es wird argumentiert, dass die sozial-ökologischen Palmöllandschaften als umkämpfte Räume zu verstehen sind. Gerade diese umkämpften sozialen Räume der Palmölproduktion aber finden kaum Eingang in den transnationalen politischen Raum, der um die Palmölkontroverse entsteht. Der Artikel endet mit Überlegungen hinsichtlich strategischer Fragen, die sich aus dieser Diskrepanz sowie grundsätzlich aus den multiplen und multiskalaren umkämpften Palmölräumen ergeben.

Kapitalakkumulation und territoriale Expansion

Nach Harvey (2001: 246) entstehen die geographische Expansion sowie Konzentration in der kapitalistischen Gesellschaft aus einer widersprüchlichen Dynamik der Kapitalakkumulation im Raum. Während der kapitalintensive Produktionsprozess notwendigerweise zu Konzentrationen in der produzierten Umwelt führt, zwingt die Realisierung von Tauschwerten – d.h. der Verkauf der Waren – zu einer immer weiteren Expansion des Marktes. „Kapitalistische gesellschaftliche Verhältnisse durchdringen weltweit alle Aspekte der Produktion und des Austausches“ (ebd.: 256). Smith (1984: 97) führt diesen Gedanken weiter, indem er die ungleiche räumliche Entwicklung im Kapitalismus aus einer inhärenten „Dialektik geographischer Differenzierung und Angleichung“ ableitet. Während die städtische Maßstabsebene

1 Dieser Abschnitt beruht maßgeblich auf empirischer Forschung im Rahmen eines von der DFG geförderten Projekts zur „Entstehung sozialer Bewegungen im Kontext von Prekarisierung und Transnationalität in Südostasien“. Über einen Zeitraum von drei Jahren wurde mit insgesamt acht Gruppen von Palmölarbeiter_innen qualitativ gearbeitet. Die Gruppen von jeweils fünf Personen waren entweder Rückkehrer_innen in indonesische Dörfer (auf Sumatra, Java, Lombok, Sulawesi) oder Arbeiter_innen in Plantagen und Mühlen in Sabah, Malaysia. Mit biographischen Interviews, nachgelagerten Tiefeninterviews und mit Gruppendiskussionen konnten die Perspektive der Migrant_innen und ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Alltagspraxen erfasst werden.

(*urban scale*) aus konzentrierten und zentralisierten „geographisch unbeweglichen Formen fixen Kapitals“ besteht, führt die Krise der Realisierung dazu, dass mobiles Kapital in neue geographische Räume expandiert und damit auch die globale Maßstabebene (*global scale*) produziert. Dies führt dann zu einer Verräumlichung von Krise und Boom, bei dem alte Industriezentren verfallen und neue Zentren in anderen Orten produziert werden. Die räumliche Lösung für die Krisentendenzen des Kapitalismus bestand dann darin, dass der Kapitalismus neue, noch nicht durch Akkumulation verbrauchte Räume integriert und produziert. Dies bezeichnen Harvey und Smith als *spatial fix* („räumliche Lösung“).

Diese grundlegende Dynamik ist für eine erste Annäherung an die Wirtschaftsgeographie der Palmölindustrie erhellend. In ihrer territorialen Expansion bemächtigt sich die Palmölindustrie des Raums und produziert ihn zugleich. Beginnend in den kolonialen Kautschukplantagenzentren um Medan in Nordsumatra sowie Kuala Lumpur und Johor in Malaysia, expandierte sie in einer ersten Phase nach Riau (Sumatra) und nach Sabah und Sarawak (Kalimantan). Nach der Asienkrise fand eine Regionalisierung statt, im Zuge derer auch malaysische Palmölunternehmen in Jambi (Sumatra), Kalimantan (Kalimantan), Sulawesi und Westpapua investierten. Derzeit findet die Expansion zunehmend nach Südthailand, Papua Neuguinea und die Philippinen, aber auch nach Westafrika und Lateinamerika statt.

Die räumliche Expansionsdynamik besteht darin, immer tiefer in periphere Gebiete einzudringen. Die Grenzziehung wird ständig erweitert, indem Landschaften aus Wäldern und kleinbäuerlicher Landwirtschaft in neue Palmöllandschaften transformiert werden. Dabei müssen nicht nur Millionen von Hektar Wald gerodet, entwässert und mit Ölpalmen bepflanzt werden. Es werden auch Millionen von Menschen in neue kapitalistische Verhältnisse hineingezogen – entweder als Lohnabhängige oder als Vertragsbäuerinnen und -bauern – und der Akkumulationsdynamik globaler Wertschöpfungsketten unterstellt. Daher kann der Palmölboom durchaus auch als *spatial fix* der kapitalistischen Krisentendenzen begriffen werden.

Gleichzeitig wachsen aber auch die unbeweglichen Formen des Kapitals in dem neu produzierten Palmölräum. Zunächst repräsentieren die Plantagen selbst unbewegliches Kapital, das auf 20 bis 30 Jahre physisch angelegt sind. Die Plantagen müssen aus ökonomischen Gründen eine gewisse Größe erreichen (5.000-10.000 ha) und sind in der Landschaft um Palmölmühlen gruppiert, da die Frucht der Ölpalmen nach der Ernte binnen 24 Stunden ausgepresst werden muss. Palmöl bringt daher auch die Industrialisierung des ländlichen Raums mit sich. Die Palmölmühlen wiederum sind mit Raffinerien verknüpft, wo das Rohpalmöl zu Speiseöl und anderen Grundstoffen

weiterverarbeitet wird. Da diese in der Regel exportiert werden, werden die Raffinerien meist in Städten mit Häfen angelegt. So wird die Grundstruktur des Palmölraums produziert.

Über Konzentration und Zentralisierung entsteht dabei eine regionale Großstruktur, die sich im spezifischen historisch-geographischen Kontext entwickelt. Knotenpunkte sind hierbei zunächst Kuala Lumpur, Singapur und Jakarta, wo die transnationalen Palmölkonzerne ihre Zentralen haben. Diese fungieren gleichzeitig als Finanz- und Transportzentren und spielen daher auch eine zentrale Rolle in den transnationalen Wertschöpfungsketten. Mit den Zentren verknüpft sind regionale Knotenpunkte, an denen sich die Raffinerien befinden, beispielsweise Johor und Penang auf Festland Malaysias, Tawau und Sandakan in Sabah, Medan, Dumai und Palembang auf Sumatra oder Pontianak, Balikpapan und Tamarinda in Kalimantan. Von diesen ausgehend breitet sich das Netzwerk von Plantagen und Mühlen in den peripheren Raum hinein aus. Mit zunehmender Zentralisierung (Zusammenschlüsse und Übernahmen) werden aber auch vermehrt nachgelagerte Raffinerien in den Ländern der Realisierung gekauft und gebaut: in China, Indien und Europa, wo Palmölprodukte konsumiert werden.

Als Extrembeispiel dieser generellen Entwicklung ist der Konzern *Wilmar* zu nennen. Er ist erst vor wenigen Jahren aus der Fusion der malaysischen *Kuok*-Gruppe und dem indonesischen Millionär Sitoris und mit großer Beteiligung des US-amerikanischen Agrobusinesskonzerns ADM hervorgegangen (Pye 2008). Von seinem Firmensitz in Singapur aus kontrolliert Wilmar inzwischen über eine halbe Million Hektar Palmölplantagen auf dem Festland Malaysias, auf Sabah, Sumatra und Kalimantan sowie die ganze Wertschöpfungskette nach Europa, Indien und China hinein. Ende 2012 verfügte der Konzern über 140 Raffinerien, davon 25 in Indonesien, 16 in Malaysia, 25 in Indien, 57 in China sowie vier in Europa – unter anderem auch in Brake, Deutschland (Wilmar 2013: 26).

Die Palmölproduktion verbindet auf diese Weise unterschiedliche Maßstabsebenen. Entscheidend ist dabei die Ebene der Plantage und Palmölmühle, die als Industrialisierung des ländlichen Raums konzipiert werden muss. Hier finden sich Räume der territorialen Expansion, in der die Palme und das Öl vorherrschen. Die für die Weiterverarbeitung entscheidende regionale Ebene, die eine immer weiter expandierende Fläche in den Raum hinein mit einer Struktur von Transport- und Raffineriedrehkreuzen verknüpft, ist über „transnationale Produktionsnetzwerke, bei dem multinationale Konzerne eine entscheidende Komponente darstellen,“ (Castells 2010: 122) mit der globalen Ebene verwoben. Das sind die Räume der globalisierten Produktion, die durch Speiseöl, Spezialfette, Oleochemikalien

und Agrardiesel charakterisiert werden. Auf der globalen Maßstabsebene schließlich finden sich die Konsumräume und die Finanzräume, in denen Realisierung, Finanzierung und Spekulation stattfinden. Hier tritt Palmöl in Form von Konsumgütern und Finanzgeschäften in Erscheinung.

In der territorialen Expansion ist zunächst die Maßstabsebene der Palmölmühle mit angeschlossenen Plantagen als umkämpfter Raum entscheidend. Die kapitalistische Akkumulationslogik der Palmölmühle, mit maximaler Auslastung Tag und Nacht Öl zu produzieren, drückt der umliegenden Landschaft ihren Stempel auf. Die Plantagen müssen groß genug sein, um konstanten Nachschub an Palmölfrüchten gewährleisten zu können. Die Materialität der Palmölfrucht wiederum, deren Fettsäuren 24 Stunden nach der Ernte zu zerfallen beginnen, schränkt den Radius der Plantagen ein. Das bedeutet, dass tendenziell die ganze Landschaft um die Mühle zu Plantagen umgewandelt wird. So entsteht eine spezielle Maßstabsebene der Plantagenlandschaft.

Genau diese großflächige Konzentration führt zu sozial-ökologischen Konflikten um Land. Die territoriale Expansion kann nicht kleinflächig und angepasst in bestehende Landschaften integriert werden, sondern muss diese totalitär umwandeln. Die ökologischen Konsequenzen sind deshalb gravierend: Während eine Ergänzung der Landwirtschaft um Palmöl – ähnlich wie im kleinbäuerlichen Kautschukanbau – kaum Nachteile hätte, führt die großflächige Expansion durch die Zerstörung von Habitaten zu Artenverlusten (Danielson u.a. 2009; Koh & Wilcove 2008) und durch Torfumwandlung zu zusätzlichen Emissionen (Reijnders & Huijbregts 2008; Hooijer u.a. 2010). Weil die peripheren Waldgebiete, in denen diese Expansion stattfindet, von Kleinbäuerinnen und -bauern und von waldbasierten indigenen Gruppen bewohnt werden, kommt es zu Landkonflikten.

An den Grenzen der weiteren Expansion entstehen dadurch umkämpfte Räume, in denen historisch gewachsene Orte einem abstrakten Palmölraum gegenüberstehen: *place* gegen *space*. So finden wir in den Hauptexpansionsgebieten in West Papua, Kalimantan, Südsumatra oder Sarawak Kämpfe indigener Gruppen, die spezifische Orte gegen die Vernichtung durch Palmölplantagen verteidigen. Wie folgendes Zitat eines Indigenen aus Jambi, Südsumatra verdeutlicht, geht es dabei sowohl um spezifische Orte im Wald wie heilige Orte oder Friedhöfe als auch um eine Lebensweise, die auf Mobilität im Wald beruht:

„Wir, die suku anak dalam, haben uns zur Sicherung unsere Lebensgrundlagen immer im gesamten Waldgebiet bewegt. Wir sind im Wald um zu jagen, medizinische Pflanzen zu sammeln, Wurzeln, Rattan und Bauholz. Wir haben heilige Plätze, die wir besuchen, und wir haben unsere Begräbnisstätten dort.“

Wir bewegen uns im Wald, weil es unsere Tradition und unser Gewohnheitsrecht ist, weil es unsere Ländereien sind, die wir nutzen und unser Wald, von dem wir leben.“ (Colchester u.a. 2011: 9)

In diesem Fall geht es um einen Konflikt zwischen dem Wilmar-Tochterunternehmen *PT Asiatic Persada* und Kleinbäuerinnen und -bauern der indigenen Gruppe *Batin Sembilan*, in Sungai Beruang, Jambi, Südsumatra, der im August 2011 eskalierte. Asiatic Persada, ein vormaliges Holzunternehmen, bekam noch unter dem Suharto-Regime eine 20.000 ha große Plantagenkonzession zugesprochen – auf indigen beanspruchtem Land. Nach dem Sturz Suhartos traute sich wie vielerorts die lokale Bevölkerung in Sungai Beruang, ihre Landrechte wieder einzufordern. Asiatic Persada sicherte zu, dass die Kleinbäuerinnen und -bauern Land zurückerhalten würden. Nachdem Wilmar das Unternehmen Asiatic Persada aufkaufte, löste es aber dieses Versprechen nicht ein. Es kam es zu gewalttätigen Konflikten, Verhaftungen von Bäuerinnen und Bauern und Vertreibungen, nachdem Bewohner_innen von Sungai Beruang den Besitzanspruch von Wilmar nicht anerkannten und selbst Ölpalmfrüchte ernteten (Colchester u.a. 2011). Wilmar reagierte, in dem 2010 35 Menschen und 2011 85 Menschen wegen Diebstahls auf der „Asiatic Persada“-Plantage verhaftet wurden. Im August 2011 eskalierte der Konflikt, als sich Dorfbewohner_innen einer Verhaftung durch Polizisten der mobilen Einheit Brimob widersetzen. Eine Einheit der Brimob drang daraufhin laut Augenzeugenbericht (Noor 2011) in das Dorf ein, brannte Häuser nieder und vertrieb etwa 100 Menschen. Der Konflikt ähnelt einem anderen berüchtigten Fall aus dem Jahr 2008 in Sambas, Kalimantan, bei dem ein Wilmar-Tochterunternehmen einen indigenen Waldfriedhof umpflügte, um eine Ölpalmenplantage anzulegen (Milieudefensie u.a. 2007). Zurzeit schwelen in den Gebieten, in denen sich die Plantagen von Wilmar befinden, 13 solcher Landkonflikte (Colchester u.a. 2012), bei denen Bewohner_innen die Besitzansprüche des Konzerns in Frage stellen oder bessere Entschädigungszahlungen erreichen wollen.

Wie das Beispiel Jambi verdeutlicht, haben diese Landkonflikte oft eine jahrzehntelange Geschichte. Die interne Territorialisierung ist kein einmaliger Vorgang, der irgendwann abgeschlossen ist, sondern sie muss aufrechterhalten und immer wieder neu durchgesetzt werden. Ein Blick auf Nord-Sumatra, seit der Kolonialzeit das Herz der Plantagenindustrie Indonesiens, zeigt, dass Plantagenlandschaften auf Jahrzehnte umkämpft bleiben. In den neun Distrikten Deli Serdang, Langkat, Labuhan Batu, Simalungun, Asahan, South Tapanuli, Toba Samosir, Medan und Dairi zählte die NGO *Bakumsu* im Jahr 2007 97 Landkonflikte zwischen der lokalen Bevölkerung und Plantagen- und Holzunternehmen, 60 Prozent davon in

der Palmölindustrie (Siagian u.a. 2011). In den 1950er und 1960er Jahren fanden in der Region größere Streiks und Landbesetzungen statt, bis diese 1965 vom Suharto-Regime blutig niedergeschlagen wurden (Stoler 1995). Nach dem Sturz Suhartos brachen unterdrückte Konflikte wieder auf und es kam erneut zu Landbesetzungen. Auch hier gehen Polizei und Armee gegen Aktivist_innen vor und die Gerichte entscheiden immer wieder zu Gunsten der Palmölundertnehmen.

Allerdings ist die Situation vor Ort nicht so eindeutig, wie es zunächst erscheinen mag. Die Expansion in neue Gebiete hinein findet zunehmend auch durch die Inklusion von Kleinbäuerinnen und -bauern statt (Hall 2011: 846f). Der relative Erfolg dieser Inklusion hängt dabei von der Art der Programme, den Interventionen des Staates, dem Grad der demokratischen Kontrolle vor Ort und vor allem von den Startbedingungen der einzelnen Kleinbäuerinnen und -bauern ab (McCarthy 2010: 826). Hier wechselten sich im Laufe der Jahre verschiedene Formen eines Modells ab, bei dem eine große Plantage (*nucleus estate*) von Kleinparzellen (*plasma*) umringt wird. Der *nucleus* gehörte zunächst meist einem staatlichen, z.B. PTNP in Indonesien, oder parastaatlichen Unternehmen, beispielsweise SALCRA in Sarawak, später im Zuge des Neoliberalismus größeren Privatunternehmen. Die Kleinbauern – fast immer Männer als „Haushaltsobehaupt“ – bewirtschafteten ihre Parzelle entweder selbst und verkauften die Ernte an das Unternehmen, oder sie übertrugen die Bewirtschaftung ganz dem Unternehmen (McCarthy & Cramb 2009). In allen Varianten dieses Modells brachten staatliche Programme – wie das Umsiedlungsprogramm *Transmigrasi* in Indonesien oder Arbeitsmigration in Malaysia – Arbeitskräfte in das Gebiet ein, weil die indigenen Landeigentümer nicht im *nucleus estate* arbeiten wollten (Li 2011).

Inzwischen herrscht in der *laissez-faire*-Phase (ebd.: 289) ein Modell vor, in dem staatliche Stellen dafür sorgen, dass Palmölundertnehmen große Landparzellen bekommen und die „spontane“ Binnenmigration von Arbeitssuchenden nur vermittelt wird. In einigen Expansionsgebieten wie in Riau (Sumatra) wächst auch der Anteil von unabhängigen Kleinproduzent_innen (Nagata & Arai 2012). Doch auch hier entstehen widersprüchliche soziale Räume. Nach John F. McCarthy (2010: 838) ist Palmöl ein „rich farmers' crop“, denn die Anfangsinvestitionen sind beträchtlich. Während Dorffeliten (Familien mit viel Land, Händler_innen, lokale Beamte_innen) schnell größere Flächen für den Anbau von Ölpalmen aufkaufen, können ärmere Bäuerinnen und Bauern sich verschulden und ihr Land verlieren. Veränderungen auf der *global scale* setzen sich bis in die neuen, dörflichen Palmölandschaften durch. Nach der Asienkrise beispielsweise wurde Palmöl wegen

der Abwertung der indonesischen Rupiah schlagartig lukrativ – diejenigen Kleinbäuerinnen und -bauern, die schon Ölpalmen anbauten, erzielten im Vergleich zu ihren Nachbar_innen, die Reis anbauten, erstaunliche Einnahmen (ebd.: 831). Nach dem Preisverfall 2008 mussten dann etliche ihr Land wieder verkaufen, was eine neue Konzentrationswelle in Gang setzte (Pye 2009a). Diese „ungünstige Inklusion“ setzt die Proletarisierung der Exklusion fort, indem „ein Großteil der Dorfbewohner_innen als Lohnarbeiter_innen und/oder Produzent_innen von Palmöl oder Gummi endet, integriert in die Ölpalmenökonomie und dennoch darin marginalisiert“ (McCarthy 2010: 826f).

So produziert die territoriale Expansion neue sozial-ökologischen Landschaften, die von ineinander verschachtelten Konflikten gekennzeichnet sind: historische Konflikte; vorangegangene Abholzungen, die vor Ort für manche neue Einkünfte, für andere Einkommensverluste bedeuteten; lokale Bevölkerungen, die in Palmölbefürworter_innen und -gegner_innen gespalten werden; Migrant_innen, die als kleinbäuerliche Transmigrant_innen oder als Arbeitskräfte eingebunden werden; soziale Ausdifferenzierungen, die neuen Reichtum und neue Marginalisierungen produzieren; Veränderungen von Geschlechterverhältnissen und Konflikte zwischen Ökologie und „Entwicklung“.

Die Transnationalisierung des politischen Raums

Der Produktionsraum der Palmölindustrie besteht aus Einheiten der Mühlen-Plantagen-*scale*, die über transnationale Wertschöpfungsketten mit der regionalen und globalen *scale* verknüpft sind. Der territoriale Nationalstaat spielt für die Produktion daher eine untergeordnete Rolle. Dies stellt sich für den politischen Raum anders dar, wo der Nationalstaat als Maßstabebene entscheidend ist.

Gerade bei der Expansion in die Fläche und der immer wiederkehrenden, nach innen gerichteten (Neu-)Territorialisierung des Raums (Peluso & Lund 2011: 673) setzt der Nationalstaat seine Ansprüche auf Konzessionsvergabe und private Ansprüche auf Ressourcennutzung und -umwandlung gegen die kollektiven Ansprüche indigener Gemeinschaften oder kleinbäuerliche gewohnheitsrechtliche Nutzungen durch. Hier spielen verschiedene staatliche Organe und administrative Ebenen eine Rolle. Wie schon skizziert, sind Justiz und Polizei bei Landkonflikten meist auf Seiten der Palmölunternehmen – nicht nur, weil Waldgebiete in kolonialer Tradition als Staatseigentum definiert sind und das Gewohnheitsrecht indigener Landbesitzer_innen mittels Konzessionsvergabe übergangen werden kann.

In den von Palmölexpansion charakterisierten Provinzen Indonesiens ist die politische Ökonomie durch sehr enge Verbindungen zwischen Palmölunternehmen und Provinzpolitikern und – nach den Dezentralisierungsreformen 1999 stärker werdenden Distriktregierungen – gekennzeichnet, so weit, dass Polizei- und Armeeeinheiten als Beschützer der Palmölunternehmen auftreten (Siagian u.a. 2011).

Die repressive Rolle staatlicher Organe war bei der Niederschlagung der organisierten Arbeiterbewegung in der Plantagenindustrie besonders wichtig. In Malaysia unterdrückte die damalige britische Kolonialregierung eine militante Gewerkschaftsbewegung in den 1950er Jahren und schuf stattdessen die unternehmerfreundliche *National Union of Plantation Workers* (Ramasamy 1994), die bis heute eine militante Organisierung der Palmölarbeiter behindert. Eine ähnlich „gelbe“ Gewerkschaft wurde von Suhartos „Neuer Ordnung“ eingesetzt, nachdem Militärs 1965 Tausende von Arbeiteraktivist_innen in der Plantagenindustrie Nordsumatras ermordeten (Stoler 1995). Auch nach dem Sturz von Suharto wird die Entstehung unabhängiger Gewerkschaften der Plantagenarbeiter_innen durch Gerichtsentscheidungen und Polizeirepression erschwert (Interviews mit Gewerkschaftsaktivisten in Medan und Langkat, Nordsumatra, 2010 und 2011).

Der Nationalstaat spielt nicht nur eine repressive Rolle bei der Produktion der Palmölräume. Die Nationalregierungen in Indonesien und Malaysia, die Regierungen von Sabah und Sarawak, die Provinzgouverneure in Indonesien und auch die indonesischen Distriktregierungen forcieren den Ausbau der Palmölindustrie. Diese gestalterische Macht wird schon bei der Inklusion von Kleinbäuerinnen und -bauern deutlich und schlägt sich generell in Programmen nieder, die rückständige Gebiete „entwickeln“ sollen (Li 2007). Palmölplantagen waren schon in das von der Weltbank unterstützte Transmigrasi-Programm integriert, das Millionen Landlose aus Java auf den bevölkerungsärmeren Inseln umsiedelte (Monbiot). Heute konkurrieren Distriktchefs (*Bupati*) um Palmölinvestitionen, und die Expansion auf Sumatra und Kalimantan erzeugt neue Wanderbewegungen von Arbeitssuchenden aus Java und Madura. Für die Regierung von S.B. Yudhoyono ist Palmöl eine Möglichkeit, Malaysias erfolgreicher Industrialisierung nachzueifern. Mit staatlich geförderten Großprojekten wie dem *Merauke Integrated Food and Energy Estate* (MIFEE) in Westpapua (Ginting & Pye 2012) soll eine weitere Expansion von derzeit 10 Mio. auf über 20 Mio. ha vorangetrieben werden. Aus der Auseinandersetzung mit staatlicher, repressiver und entwicklungspolitischer Macht hat sich vor allem in Indonesien eine „Umweltgerechtigkeitsbewegung“ entwickelt, die sich aus drei miteinander verschränkten Bewegungen um Umwelt, indigene Rechte

und Landreform zusammensetzt (Peluso u.a. 2008: 219). Noch unter der Suharto-Diktatur entstand das Umweltforum *Wahana Lingkungan Hidup Indonesia* (WALHI). Nach dem Sturz Suhartos bildeten indigene Gruppen eine nationale Organisation *Aliansi Masyarakat Adat Nusantara* (AMAN), Kleinbäuerinnen und -bauern schlossen sich zur *Federasi Serikat Petani Indonesia* (FSPI, jetzt SPI) zusammen (Pye 2010). Doch angesichts der engen Verbindungen zwischen Palmölindustrie und Politik, die zusammen ein kohärentes Palmölprogramm zur Entwicklung des Landes vertreten, konnte die Bewegung auf der nationalen *scale* wenig erreichen. Die Dynamik der Politisierung des Themas Palmöl transnationalisierte sich deshalb in den letzten Jahren zunehmend.

Die Transnationalisierung dieses Protestes und seine Vernetzung mit unterschiedlichen Akteuren in Europa ist an anderer Stelle ausführlich analysiert worden (Pye 2009b; 2010). Entscheidend aus der TPSN-Perspektive ist, dass die Palmölkampagnen auf unterschiedliche Weise die nationale *scale* überspringen und andere räumliche Maßstabebenen miteinander verknüpfen. Dabei kommen unterschiedliche Akteure auf verschiedenen Ebenen miteinander in Berührung. Dies produziert, so Anna L. Tsing, *friction* (Reibung), d.h. „die linkischen, ungleichen, instabilen und kreativen Eigenschaften von Verbindung über Unterschiede hinweg“ (Tsing 2005: 4). Lokale Akteure gehen dabei Allianzen mit nationalen Organisationen und städtisch verorteten NGOs ein, die wiederum mit Akteuren in Europa Verbindungen eingehen. Unterschiedliches und Ungleiches wird transnational miteinander vernetzt. Dabei sind drei Phasen der Palmölkampagnen zu erkennen.

In der ersten Phase arbeiteten Regenwaldaktivist_innen an der nationalstaatlichen Ebene vorbei, um mit konsumkritischen Kampagnen Palmölunternehmen direkt unter Druck zu setzen. Dabei nutzten sie den Netzwerkcharakter der transnationalen Wertschöpfungsketten, indem sie Markenprodukte angriffen. So sollten große Palmölabnehmer wie Unilever oder Nestlé gezwungen werden, entweder kein Palmöl mehr zu verwenden oder ihren Palmöllieferanten Nachhaltigkeitskriterien aufzuzwingen.

Von der Forderung, transnationale Agrobusinesskonzerne sollten ihre Einkaufspraxis verändern, war es nur ein kleiner Schritt zu einer Politik der Partnerschaft, bei der NGOs wie der WWF den Unternehmen bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitskriterien zur Seite standen. So entstand der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl (*Round Table for Sustainable Palm Oil* – RSPO), der inzwischen die wichtigsten Palmölverarbeiter und -produzenten vereint, die zusammen etwa 40 Prozent der globalen Palmölproduktion kontrollieren. Auch diese zweite Transnationalisierung orientierte sich an den Netzwerken der Wertschöpfungsketten, wobei sich bestimmte

Machtknoten – der industrielle Palmöl-Komplex in Malaysia (Pye 2008), die Markenunternehmen um Unilever und zivilgesellschaftliche Akteure um die indonesische NGO *Sawit Watch* – herausbildeten. Der Runde Tisch bildet als „partnered governance“ (Nikoloyuk u.a. 2010: 70) die Netzwerke der Palmölindustrie nach. Palmölproduzenten wie Wilmar sind „network enterprises“ (Castells 2010: 187) mit einem Netzwerk von Zulieferern (kleinere Palmölproduzenten; Firmen mit einer Mühle, aber ohne eine Raffinerie) und Abnehmern. Als multinationale Konzerne stehen sie dabei in einem Spannungsverhältnis zwischen der Produktionslogik ihrer Lieferanten und der Logik der Marktrealisierung ihrer Abnehmer. Während für erstere die Umwandlung von Wald und repressive Zwangsmaßnahmen erforderlich sind, werden diese ökologisch und sozial fragwürdigen Methoden für prominente Abnehmer mit bekannten Marken zum Problem.

Es zeigte sich schnell, dass die Marktförmigkeit des RSPO, der über die Zertifizierung eines Produktes (Palmöl) funktioniert, die Maßstabebene der regionalen Expansion wenig tangiert. Weil die Zertifizierung jeweils für eine Palmölmühle mit den zuliefernden Plantagen erfolgt, können die Hauptsorgen der Umweltaktivist_innen, die auf der regionalen Ebene liegen (Habitatzerstörung in den Expansionsgebieten, Konflikte um Land, Torfumwandlung) nicht effektiv behoben werden. So wird beispielsweise bescheinigt, dass eine bestimmte Mühle samt Plantagen seit 2005 keinen Regenwald mehr umgewandelt habe – dass also die Umwandlung in der Vergangenheit liegt. Da ein Großteil der heutigen Produktion auf Flächen stattfindet, wo dies der Fall ist, kann mehr als genug Palmöl zertifiziert werden, um die relevanten Märkte zu beliefern, ohne dass dies die Expansion in die Fläche gefährdet.

Dieser Widerspruch führte zu einer Neupolitisierung der transnationalen Kampagnen, die nun RSPO-Mitglieder direkt ins Visier nehmen. Beispielhaft für viele ist die Kampagne von *Robin Wood* gegen Unilever und Wilmar. Über Recherchearbeiten vor Ort verbindet Robin Wood konkrete Orte – wie Sungai Beruang auf Sumatra – mittels im Netz zugänglichen Filmmaterials (Robin Wood 2012) mit Konsument_innen in Deutschland. Während die NGO mit Kampagnen gegen bekannte Marken wie Rama-Margarine Unilever als Endproduzenten angreift, üben Aktivist_innen mit direkten Blockadeaktionen vor der Palmölraffinerie in Brake Druck auf Wilmar aus. Weil solche Kampagnen die RSPO-Standards mit der Realität vor Ort vergleichen, wandelt sich der Runde Tisch von einem Ort der Konsensfindung zu einem umkämpften Raum. Hierbei ist eine zunehmende Polarisierung zwischen Endabnehmern wie Unilever, die sich um ihr Image sorgen, und den Palmölproduzenten, die zu viel Einmischung seitens der NGOs ablehnen,

festzustellen. Ein Resultat dieser Polarisierung war das dramatische Verlassen des Runden Tisches durch die indonesischen Produzentenvereinigung GAPKI Ende 2011.

In diese dritte Phase der zunehmenden Konflikthaftigkeit passen auch die Kampagnen gegen die Agrartreibstoffpolitik der Europäischen Union (Pye 2009b; 2010), die aber eine andere Raumdynamik aufweisen. Wenn gleich manche Kampagnen mit ihrer Fokussierung auf das Kaufverhalten von Autofahrer_innen („Tank oder Teller“) wieder eine Marktorientierung aufweisen, geht es in erster Linie um die politische Förderung von Agrartreibstoffen durch nationale Regierungen und die Europäische Union. Transnationale Kampagnen versuchen daher, auf der nationalen und supranationalen Ebene Einfluss zu nehmen und waren durchaus erfolgreich in ihrer Kritik der *Renewable Energy Directive* der Europäischen Union. Ein Vorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung der Direktive sah Ende Oktober 2012 vor, indirekte Landnutzungen in die Kalkulation der Emissionen einzubeziehen und Agrartreibstoffe der „ersten Generation“ auf maximal fünf Prozent der Transporttreibstoffe zu beschränken (European Commission 2012a). Allerdings wurde dieser Vorschlag auf Grund massiver Proteste der Industrie wieder verwässert (Neslen 2013). Im November 2012 wurde erstmals die RSPO-Zertifizierung als subventionswürdiger Standard für Agrartreibstoffe festgelegt (European Commission 2012b). Damit hat die *scale* der *networked governance* erfolgreich auf der supranationalen Ebene interveniert.

Das Palmölprekariat und die Politik der Kontrolle

Zur Produktion der neuen Palmöllandschaften bedarf es Arbeiter_innen. Die Rodung der Wälder, das Anlegen neuer Plantagen, der Bau der Straßen und der Fabriken sowie das Überleben in den „Frontiergebieten“ der Expansion bleiben den Arbeiter_innen als Schwerstarbeit in Erinnerung. Und weil die Plantagen in noch nicht „zivilisierten“ Gebieten angelegt werden, die dünn besiedelt sind, müssen die Arbeiter_innen aus anderen Regionen geholt werden. Das „fixe“ Kapital, das in Plantagen, Transportwegen und Fabriken „geographisch unbeweglich“ (Smith 1984: 119) angelegt wird, braucht mobile Arbeitskräfte.

Die territoriale Expansion in periphere Gebiete hinein hat Konsequenzen für das Arbeitsregime der Palmölindustrie. Die in den noch nicht industrialisierten Landschaften lebende Bevölkerung ist entweder den neuen Palmölplantagen feindlich gegenüber eingestellt oder auf Bewahrung ihrer Autonomie (als Kleinbäuerinnen und -bauern oder als eigenständige

Palmölbäuerinnen und -bauern) bedacht. Um die notwendigen Arbeitskräfte zu bekommen und dafür zu sorgen, dass sie keine alternativen Einkommensstrategien entwickeln, wurden sie daher seit jeher aus anderen Gebieten geholt (Li 2009).

In der historisch-räumlichen Entstehung der Plantagenlandschaften holten dafür britische Kautschukunternehmer „Kulis“ aus Südindien und China, um den Kautschuk in ihren malaysischen Kolonien anzubauen (Ramasamy 1994). Die holländische Kolonialregierung machte das Gleiche mit chinesischen Kulis und mit Javaner_innen, die sie in den Plantagen um Medan auf Sumatra einsetzten (Bremen 1989). Bei der Anlage neuer Palmölplantagen holen sich heute die Firmen in Malaysia und Indonesien Arbeitskräfte aus ganz Indonesien. Dabei gehen Javaner_innen und Madures_innen hauptsächlich nach Sumatra, West-Kalimantan, Westpapua und auf das Festland Malaysias, Arbeiter_innen aus Lombok auf das Festland Malaysias und Arbeiter_innen aus Flores und Sulawesi nach Süd-Kalimantan, Sabah und Sarawak.

Das Arbeitsregime folgt zunächst der räumlichen Logik der ökonomischen Produktion und hat einen ausgesprochenen regionalen Charakter. Wirtschaftlich und sozial entstehen transnationale Räume, die eine Denationalisierung territorialen Raums und eine Ent-Territorialisierung des nationalen Raums (Mazzucato 2004: 143) bewirken. Doch der territoriale Charakter des Nationalstaats bleibt auf dem Gebiet der „politischen Kontrolle über die Arbeiterklasse“ (Smith 1984: 144) zentral. Dies gilt schon für die Konstruktion und Erhaltung eines Arbeitsregimes für die „einheimische“ Arbeiterklasse, und umso mehr für die Migrant_innen, die in Malaysia inzwischen bis zu 90 Prozent der Arbeitskräfte in den Plantagen und Palmölmühlen stellen. Mit einer doppelten territorialen Grenzziehung nach innen (Unterscheidung Inländer_innen/Ausländer_innen) und nach außen (Grenzkontrollen, Regulation der legalen und illegalen Zuwanderung) formt der Nationalstaat den politischen und sozialen Raum der Palmölarbeiter_innen entscheidend mit.

Durch staatliche Interventionen entsteht ein doppeltes Migrationsregime. Im offiziellen System wird der Zugriff der Palmölunternehmen auf ausländische Arbeitskräfte über ein Quotensystem geregelt, bei dem ein Unternehmen ein Anrecht auf eine bestimmte Zahl von Arbeitsgenehmigungen zugesprochen bekommt. Die Migrant_innen in diesem System werden über Agenturen an die Unternehmen vermittelt. Ihre Arbeitsgenehmigungen gelten dabei für drei Jahre mit der Möglichkeit, zweimalig um ein Jahr verlängert zu werden. Das offizielle System wird aber durch ein „Back-up-System“ ergänzt. Da die reale Nachfrage nach Arbeitskräften die offiziell zugelassene Zahl weit

übersteigt (vgl. Jordan 2005), arbeiten Hunderttausende als „Illegale“² für Leiharbeitsfirmen, Subunternehmen und „Gangs“. Auch die großen Unternehmen sind auf ihre Zuarbeit angewiesen.

Räumlich findet das erste System in den sogenannten „estates“ statt – von der Palmölfirma errichtete Wohnhäuser, die als eine Art Ersatzdorf (*kampung*) meist in der Nähe der Palmölmühle konzentriert angelegt sind. Sie stellen die stabileren Orte der sozialen Palmölräume dar, und viele Arbeiter_innen streben danach, als *estate*-Arbeiter_innen eingestellt zu werden. Doch schon diese Orte zeichnen sich durch soziale Prekarisierung und politische Repression aus. So ist die begrenzte Aufenthaltserlaubnis an ein bestimmtes Unternehmen gekoppelt. Eine freie Wahl oder der Wechsel des Arbeitgebers sind nicht erlaubt. Diese „Fixierung“ der Arbeiter_innen auf ein Unternehmen wird durch verschiedene Praktiken verstärkt, etwa das Einbehalten des Reisepasses durch den Arbeitgeber und die Hinterlegung einer Kautions, falls der Arbeiter oder die Arbeiterin den Reisepass benutzen muss (vgl. Idrus 2008). Dazu kommen jährliche Gesundheitschecks, welche die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter_innen überprüfen. Bei Schwangerschaft, HIV- oder Hepatitis-B-Infektion droht die Abschiebung. So wird die Kontrollfunktion bis in die Raumebene des Körpers ausgeübt. Die bewachten Tore am Ausgang der *estates* untermauern die räumliche Kontrollfunktion der *estates* zusätzlich.

Ein Dreijahresvertrag bedeutet auch für diese Zeit kein gesichertes Einkommen. Es werden grundsätzlich nur Tagelöhne oder Stücklöhne gezahlt, und der Tageslohn von drei bis fünf € ist so gering, dass die Arbeiter_innen unbedingt Überstunden leisten wollen, auch sonntags arbeiten „wollen“ oder eine Bezahlung nach Stücklohn suchen. Letzterer wird vor allem in der Erntezeit gezahlt, wobei die Ernte eine sehr schwere Arbeit darstellt, die meist nur von Männern übernommen werden darf. Die Erntearbeiter können bei großer Anstrengung auf ein monatliches Einkommen von 200-350 € kommen. Allerdings hängt dies auch stark vom Wetter, vom Gelände und von der Jahreszeit ab. Das Risiko wird im Stücklohnsystem an die Arbeiter_innen weitergegeben.

2 Der Begriff illegal wird von der kritischen Migrationsforschung als Begriff in Frage gestellt, weil es den Blick des Staates auf die Migrant_innen wiedergibt. Aus „Sicht der Autonomie“ (Mezzadra 2011) können Menschen nicht illegal sein, und Migrant_innen nehmen Bürgerrechte in Anspruch, auch wenn sie vom Staat als Nichtbürger_innen definiert werden (ebd.: 136). Ich verwende den Begriff trotzdem, weil er von den Migrant_innen des Projektes zur Beschreibung ihrer Illegalisierung und damit verknüpften gewaltsamen Erfahrungen (Razzien, Polizeiwillkür, Gefängnis) benutzt wird und weil es meiner Ansicht nach die „Spannung zwischen der Politik der Kontrolle und der Politik der Migration“ (ebd.: 137) besser zum Ausdruck bringt als der Begriff „irregulär“.

Nach dem Gesetz dürfen Arbeiter_innen zwar einer Gewerkschaft angehören, dort aber keine Funktion ausüben. Die faktische Präsenz gewerkschaftlicher Organisation ist in den malaysischen Plantagen gering. Auf dem Festland Malaysia galt die *National Union of Plantation Workers* (NUPW) lange als arbeitgeberfreundliche Gewerkschaft (Ramasamy 1994), welche die Migrant_innen nicht organisiert. Auf Kalimantan gibt es nur in Sabah und in einem einzigen Unternehmen (*Sime Darby*) eine gewerkschaftliche Vertretung. In der Praxis werden Lohnverhandlungen auf die Ebene des Individuums als atomisierte Verhandlungseinheit (Kelly 2002: 398) verlagert. Doch die Verhandlungsposition des_der Einzelnen wird durch die Kontrolle über die Arbeitsgenehmigungen und durch die jährlichen Gesundheitschecks untergraben. Wer aufmüpfig wird, dem droht die Entlassung.

Eine wesentliche Dimension des Migrationsregimes ist die „räumliche Trennung der Seite der Verwertung der Arbeitskraft von dem Kontext ihrer soziokulturellen Reproduktion“ (Hess 2005: 167). Offiziell bekommen nur einzelne Arbeiter_innen eine Arbeitserlaubnis. Kinder dürfen weder mitgebracht noch auf den Plantagen zur Welt gebracht werden. Im Palmölsektor führt dies typischerweise zur Migration des Mannes, der seine Frau und Kinder im Dorf in Indonesien zurücklässt. Die großen Entfernungen und geringen Löhne führen dazu, dass er in der Regel für drei bis fünf Jahre nicht nach Hause fahren kann. Das Resultat ist eine große Einsamkeit auf beiden Seiten, die zur Zerrüttung von Familien führen kann. In Lombok, eine Insel, die stark von Migrationsbewegungen gekennzeichnet ist, gibt es zum Beispiel ein Dorf, das als „Dorf der Migrationswitwen“ bekannt ist, weil so viele alleinerziehende Frauen zurückgelassen worden sind. Für die Palmölindustrie liegt der Vorteil darin, dass die Kosten der Reproduktionsarbeit in Indonesien bleiben. Zwar werden die Löhne oft über Transfers dafür aufgewendet, doch gesellschaftliche Kosten etwa für die Schulbildung werden dadurch vermieden.

Neben dem offiziellen, über Arbeitsgenehmigungen organisierten System existiert ein zweites, illegales Migrationssystem. Migrant_innen werden aus vielen Gründen zu „Illegalen“: weil ihre Arbeitserlaubnis abläuft, weil sie ihren Arbeitgeber wechseln, weil sie bei einem Gesundheitstest durchfallen. Viele werden über Rekrutierungsnetzwerke auch direkt „illegal“ nach Malaysia gebracht. Die Situation der Illegalisierung bringt zusätzliche soziale und politische Unsicherheiten mit sich. Die Illegalisierten leben in ständiger Angst vor Polizeikontrollen und Razzien, bei denen sie inhaftiert, ausgepeitscht und deportiert werden können. Die Angst wird durch staatlich geplante Deportationswellen verstärkt, die durch Mobilisierung von Teilen der malaysischen Öffentlichkeit zu regelrechten Hetzjagden werden können

(Jordan 2005). Dies schränkt die Bewegungsfreiheit der Illegalisierten ein und zwingt sie oft dazu, mitten in der Plantage ohne angemessene Behausung zu kampieren.

Die politische Unsicherheit verstärkt ihre soziale Prekarität. Ähnliche Abhängigkeiten wie im offiziellen System entstehen, denn der Arbeitgeber kann schnell durch einen Wink an die Polizei eine unliebsame Arbeiterin/einen unliebsamen Arbeiter loswerden. Weil viele Illegalisierte an kleinere Plantagen vermittelt werden, die den größeren Aufwand der offiziellen Registrierung scheuen, sind sie viel persönlicher an den Unternehmer gebunden. Andere Illegalisierte arbeiten in Leiharbeitsfirmen oder für Subunternehmen, die bestimmte Flächen oder Erntequoten für ein Palmölunternehmen abarbeiten. Dies isoliert sie wiederum von den anderen Arbeiter_innen, die direkt vom Unternehmen beschäftigt werden.

Auf dem extremen Ende der Skala der Illegalität sind diejenigen, die in Schuldknechtschaftsnetzwerken gefangen sind. Ein solches Netzwerk ist beispielsweise das von Migrant_innen sogenannte „System Tongko“, das aus einem transnationalen Netz von Bugis-Arbeitsagenten³ besteht. Das Netzwerk vermittelt Arbeiter_innen in einem bestimmten Gebiet von Sabah – Tungku –, in dem es einen Teil der Leiharbeit kontrolliert. Das Netzwerk kassiert über Subunternehmen pauschale Zahlungen für geleistete Erntearbeit oder Pestizideinsatz, die Arbeiter_innen sollen aber „erst mal“ die durch die Reise und Vermittlung entstandenen Kosten „abarbeiten“. Da sie aber zwischenzeitlich essen und trinken, entstehen immer neue „Schulden“, und die Arbeiter_innen sehen über Jahre überhaupt keinen Lohn. Einmal im „System Tongko“ gefangen, kommen sie nur gegen Zahlung oder mittels Flucht wieder heraus.

In der Palmölindustrie werden also bestimmte räumliche Praktiken eingesetzt, um Arbeitskräfte bereitzustellen und sie als Arbeiter_innen zu kontrollieren. Diese entsprechen zunächst einmal den Raumpraktiken, die Philip Kelly (2002: 398) insgesamt für die südostasiatischen Exportindustrien festgestellt hat. Die ökonomisch notwendige Transnationalisierung der Arbeitskräfte wird durch die territoriale Konstruktion von Nation und Ethnie politisch kompensiert. Die Plantagen – mit den *estates* als Pendant zu den Industrieparks anderer Industrien – fungieren als „entstaatlichte und entsozialisierte Räume“, die Arbeitskräfte an den notwendigen Orten halten und sie gleichzeitig bis in den Körper hinein kontrollieren. Die *estates* wiederum werden durch prekarierte, illegalisierte Arbeiter_innen ergänzt, die in den Zwischenräumen der Plantagenlandschaft gehalten und bewegt werden. Das „Fernhalten der Arbeitsmigrant_innen von ihren

3 Bugis: Hauptethnie aus Süd-Sulawesi, Indonesien

Heimatorten – und damit von ihren sozialen Netzwerken – durch die räumliche Distanz“ (ebd.) verschärft dabei die Atomisierung der individuellen Arbeiterin/des individuellen Arbeiters. Während die Palmölunternehmen (auch politisch) national, regional und global organisiert sind, sollen damit die Arbeiter_innen fragmentiert bleiben.

Alltagswiderstand und die Produktion transnationaler sozialer Räume

Diese Raumpraktiken der Palmölindustrie bleiben von den Migrant_innen nicht unwidersprochen. Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos (2005: 50) sprechen von der Autonomie der Migration, bei der „Mechanismen zur Kontrolle von der Praxis der Migrant_innen umkodiert und unter der Hand zu solchen werden, innerhalb derer Mobilität (und Arbeit) immer noch möglich ist, jedoch unter ausbeuterischen Bedingungen.“ In Malaysia finden Migrant_innen verschiedene Wege, um die Kontrollmechanismen zu umgehen und die soziale Prekarisierung ihrer Arbeitswelten ein Stück weit wieder aufzuheben. Die Migrant_innen widersprechen damit als „lebendige Arbeit“ mit ihren „Subjektivitäten“ der „Politik der Kontrolle“ (Mezzadra 2011: 137).

Eine wichtige Voraussetzung für Autonomie ist die Schaffung von sozialen Netzwerken. Das Migrationsregime ist darauf ausgerichtet, Arbeitskräfte temporär einzustellen und wieder nach Hause zu schicken. Doch die Rekrutierung neuer Arbeiter_innen wird meist durch ehemalige Arbeiter_innen oder durch Vermittler_innen, die an bestimmten Orten agieren, durchgeführt. Eine Vermittlungsagentur verbindet so Rekrutierungsorte in Indonesien mit Arbeitgebern oder Plantagen in Malaysia. Informell holen die Arbeiter_innen Brüder, Schwestern, Cousins, Cousinen, Nichten und Neffen nach. Daraus entstehen räumliche Kontinuitäten. Über einen Zeitraum von 20 oder 30 Jahren migrieren Menschen aus einem Ort in dasselbe Gebiet in Malaysia. Durch die „soziale Praxis des Hin- und Herwanderns“ (Pries 2008: 254) schaffen sie „transnationale alltagsweltliche Sozialräume“ (ebd.: 253). Die Vielzahl einzelner Netzwerkknoten, die indonesische Orte mit malaysische verbinden, ist dabei an ein größeres Gesamtnetzwerk in Malaysia angeschlossen.

Diese transnationalen sozialen Räume ermöglichen es den Migrant_innen, die territoriale Grenzziehung zu umgehen und in Frage zu stellen. Die physische Grenze kann mit Hilfe der Agenten-Netzwerke (der Vermittler, *calo*) überwunden werden. Zwischen dem Hauptumschlagsplatz Nunukan im indonesischen Kalimantan und dem malaysischen Sabah beispielsweise gibt es zahlreiche Flussverbindungen, die kleinen Booten die Grenzüberquerung

ermöglichen. Kontrollen durch die Grenzpolizei werden durch die *calo* mit vereinbarten Zahlungen neutralisiert, die Nurul Ilmi Idrus (2008: 156) als „gegenseitige illegale Zusammenarbeit“ bezeichnet, weil sie schon institutionalisiert sind. Die Praxis der „illegalen“ Grenzüberquerung gerade der Bugis aus Sulawesi ist so weit verbreitet, dass sie dafür eine eigene Bezeichnung haben. Sie nennen sich *passimokolo* (vom Wort „smokkelen“ = „schmuggeln“): Arbeiter_innen, die sich im Schutz der Dunkelheit nach Malaysia schmuggeln (ebd.: 155).

Einmal in Malaysia angekommen, finden Migrant_innen auch Wege, gegen die Zwangsbefristung und die räumliche Flüchtigkeit, die ihnen aufgezwungen wird, eine eigene Dauerhaftigkeit zu entwickeln. Statt drei oder maximal fünf Jahren schaffen sie es, zehn, 20 oder 30 Jahre in Malaysia zu bleiben. Doch wie? Die erste Strategie könnte man als autonome Illegalität bezeichnen. Hier kommt das Netzwerk in Malaysia zur Geltung. Über ihre Kontakte zu Freund_innen aus ihrem Dorf oder zu Verwandten können die Illegalisierten an gesicherten Orten unterkommen. In Sabah konnten früher eingewanderte Arbeiter_innen sich zum Teil die malaysische Staatsbürgerschaft sichern, als in den 1980er Jahren es für die Regierung politisch opportun war, den muslimischen Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen. Nun bieten diese für nachkommende Verwandte und Freund_innen Informationen, Wohnmöglichkeiten und Jobs. Auf dem *estate* wohnt man dann als Illegalisierte_r beim Cousin, der eine reguläre Arbeit auf der Plantage hat, und arbeitet selbst im informellen Bereich.

Die zweite Strategie könnte man als Rotationsmethode bezeichnen. Nach „illegaler“ Einwanderung nutzen Migrant_innen ihre Netzwerke, um eine feste Stelle im Kernbereich des Arbeitsregimes zu bekommen, und lassen sich dann nachträglich eine Arbeitserlaubnis vom Unternehmen aushändigen. Nach Ablauf der auf fünf Jahre begrenzten Arbeitserlaubnis beantragen die Migrant_innen einen neuen Pass beim indonesischen Konsulat mit leicht verändertem Namen oder anderem Geburtsdatum. Sie können damit eine neue Arbeitserlaubnis bekommen und diese wieder um fünf Jahre verlängern. Immer wieder wiederholen Migrant_innen diese Strategie, um in Malaysia bleiben zu können. Und weil die Unternehmen ein Interesse an eingearbeiteten und bewährten Arbeitskräften haben, unterstützen sie diese Praxis, indem sie Arbeitsplatz und Behausung für die „rotierenden“ Arbeiter_innen bereitstellen.

Vernetzte autonome Illegalität kann unter Umständen eine Befreiung aus den Zwängen und der Repression des offiziellen Regimes bedeuten und wird deshalb oft gegenüber einer legalen Einreise bevorzugt (vgl. ebd.). Dafür wenden Migrant_innen die Strategie des *Lari* an, was „weglaufen“

oder „flüchten“ bedeutet. Anstatt sich einem Arbeitgeber zu fügen, der mit Arbeitserlaubnis und Pass Herr über die Legalität der Arbeiter_innen ist, laufen sie weg, wenn Arbeitsbedingungen oder Bezahlung nicht stimmen. Über ihre Netzwerke bekommen sie Informationen darüber, welches Unternehmen gerade besser bezahlt, wo die Arbeit selbst angenehmer ist und wo Arbeiter_innen gerade gebraucht werden. Und wenn sie über Bekannte oder Verwandte hierhin vermittelt werden, wird ihr „illegaler“ Status stillschweigend akzeptiert. Über das Netzwerk können sie auch besser auf Polizeikontrollen und Razzien reagieren, indem sie vorab davon erfahren und sich an sicheren Orten verstecken können.

Die *Lari*-Strategie funktioniert mitunter als eine Art Tarifverhandlung mit den Füßen. Die erhöhte Mobilität der Arbeiter_innen, die sie mit ihrer Vernetzung herstellen, bedeutet, dass sie nicht jeden Lohn und jede Zwangssituation akzeptieren müssen. Stattdessen steigen seit mehreren Jahren die Löhne, weil Unternehmen mehr bieten müssen, um ihre Arbeiter_innen zu halten. Mehr als ein Ausweichmanöver ist *Lari* effektiver Alltagswiderstand – mit *Lari* widersetzen sich die Arbeiter_innen den vom Migrationsregime gesetzten Regeln der Arbeitsgenehmigungen und Arbeitgeberzwänge, und sie durchbrechen die räumliche Festsetzung der Arbeiter_innen, die offiziell an einem *estate* bleiben sollen. Und die Nichtakzeptanz der gesetzlichen Bestimmungen, die Aufmüpfigkeit, die sich in *Lari* manifestiert, kann auch in kollektive Aktionen, beispielsweise wilde Streiks, umschlagen.

Wilde Streiks zeigen ein wachsendes Selbstbewusstsein, das aus Erfahrungen der Vernetzung und des *Lari* entsteht. Sie sind aber auch ein Ergebnis der erfolgreichen Verhinderung offizieller Gewerkschaften und der räumlichen Fragmentierung der Arbeiter_innen. Bisher entstehen die wilden Streiks in lokalisierten Räumen, die der kollektiven Arbeitspraxis entsprechen, d.h. vor allem auf der Ebene der „Gangs“, der Arbeitseinheit, die von einem *Mandor* (Vorarbeiter) für bestimmte Aufgaben und Flächen geleitet wird. Wilde Streiks entstehen, wenn das Gerechtigkeitsgefühl der Arbeiter_innen verletzt wird – ähnlich der „moral economy“ von James Scott (1977). So waren in unseren Interviews Abweichungen zu dem vom *Calo* versprochenen Lohn, Verhandlungen über Zulagen auf Grund schwierigen Geländes, zu hohe Abzüge für die Arbeitserlaubnis oder Unzufriedenheit mit dem Vorarbeiter oder Manager Gründe, die zu kollektiven Protestaktionen führen konnten.

Vielleicht am bedeutsamsten für die langfristige Gestaltung der transnationalen sozialen Räume der Migrant_innen sind die Kämpfe um Körper, Kinder und Familie. Autonome Illegalität dient auch dazu, den Zwängen der körperlichen Kontrolle mit den Gesundheitschecks und drohenden Abschiebungen zu entkommen. Aber auch die *estate*-Arbeiter_innen können die

Gesundheitskontrollen umgehen. Hier kommt es wieder zu einer Kooperation mit den Personalabteilungen der Unternehmen, die stabile Arbeitskräfte anstreben und deshalb Familien und Kinder in Kauf nehmen. Wird eine Arbeiterin schwanger, kann es durchaus vorkommen, dass sie dann beim nächsten Gesundheitscheck übersehen wird, oder dass andere Werte in den Gesundheitsbericht eingetragen werden (Interviews mit Personalabteilungen und Gewerkschafter in Sabah, 19. 2. 2011 und 12. 3. 2011).

Auf verschiedene Wege kommt es daher zu Familiengründungen und Familienzusammenführungen, wenn Arbeiter_innen sich in Malaysia kennenlernen, sie als Paar einreisen und dann Kinder bekommen oder wenn Arbeiter_innen ihre Familie und ihre Kinder nachholen. Die Zahl dieser „illegalen“ Kinder wird auf über 50.000 geschätzt (Tenaganita 2006). Sie werden zwar in den Plantagen geduldet, vom Staat aber diskriminiert. So dürfen sie beispielsweise nicht in die malaysischen Schulen gehen. Manche haben die Möglichkeit, NGO-geführte Schulen zu besuchen (die Humana-Schulen), doch diese bieten nur Grundschulniveau an. Daraus entstehen neue transnationale Bewegungen – und Trennungen –, wenn die älteren Kinder nach Indonesien geschickt werden, um weiterführende Schulen zu besuchen. Andere schaffen es, ihren Kindern die malaysische Staatsbürgerschaft zu verschaffen (etwa durch Heirat oder Dokumentenfälschung). So wächst eine zweite Generation heran, die als Dauer-Illegalisierte in Netzwerken von malaysischen Staatsbürger_innen eingebettet sind und für die eine „Rückkehr“ nach Indonesien keine konkrete Bedeutung mehr hat.

Schlussfolgerungen

Die Palmölindustrie steht beispielhaft für die „dialektische Transformation des geographischen Raums“ (Harvey 2001: 248) im Zeitalter der Globalisierung. Mit ihrer ungeheuren Expansion im 21. Jahrhundert „kalibriert sie geerbte globale, nationale, regionale und lokale Verhältnisse neu“ (Jessop u.a. 2008: 390). Die zunehmende territoriale Expansion in den physischen Raum hinein verändert die „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ (Görg 1999) in der Hauptproduktionsregion Südostasien und schafft dort neue sozialen Räume. Diese liegen quer zu und sind gleichzeitig verknüpft mit den transnationalen Wertschöpfungsketten, entlang derer aus der Palmölfrucht zunächst Öl und dann weiterverarbeitete Fette und Chemikalien werden, die schließlich in Tausenden von Produkten weltweit in den Supermarktregalen landen. Die „gesellschaftliche Raumproduktion“ (Smith 2011) dieser globalen Industrie schafft eine geographisch ungleiche Entwicklung, die sich auf verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen (*scales*) manifestiert.

Die Neukonfiguration „gesellschaftlich-räumlicher Verhältnisse“ durch das „TPSN Ensemble“ der Palmölindustrie produziert verschiedene umkämpfte Räume. In einer ersten Dynamik verursachen die *scale of equalisation* (Universalisierung des Werts; Smith 1984: 139) und das Meta-Netzwerk der Finanzmärkte (Castells 2010: 503) eine territoriale Expansion in die Fläche. Weil diese Expansion die Form der Mühlen-Plantagen-*scale* annimmt, kommt es zu Landkonflikten und Kämpfe um Umweltgerechtigkeit – Kämpfe, die Orte gegen Nichtorte verteidigen – und zu Inklusionskämpfen, welche die Bedingungen der Einbeziehung von Kleinbäuerinnen und -bauern in die Palmölindustrie verhandeln.

In einer zweiten Dynamik entwickeln europäische „Regenwaldaktivist_innen“ über ihre Vernetzung mit ortsgebundenen und national organisierten Umweltgerechtigkeitsaktivist_innen in Indonesien transnationale Kampagnen gegen Palmöl. Dabei greifen sie die *scale* des Konsums an und verknüpfen ortsgebundene Konflikte über transnationale Wertschöpfungsketten mit individuellen Konsumententscheidungen in Europa. In einer Gegenbewegung bilden Palmölproduzenten und -verarbeiter den RSPO, an dem sie die Palmölmühle-Plantagen-*scale* als nachhaltig zertifizieren und über die Wertschöpfungsketten zurück vermarkten. Der transnationale, politische Raum wird durch agrarpolitische Interventionen auf der nationalen und supranationalen *scale* neu kalibriert. „Palmölkaktivist_innen“ und die Palmölindustrie nutzen ihre transnationalen Netzwerke, um auf nationaler und europäischer Ebene Einfluss zu nehmen.

In einer dritten Dynamik entsteht ein Widerspruch zwischen der regionalen *scale* der Produktion und der nationalen Ebene der politischen Regulierung. In den Planungsphantasien der malaysischen Technokraten und Manager, welche die Regeln des Migrationsregimes entwickeln, sind die Migrant_innen vor allem eins: Arbeitskräfte, die es gilt, ins Land zu holen, arbeiten zu lassen, und wieder nach Hause zu schicken. Viele der Bestimmungen sind danach ausgerichtet, die Migrant_innen für kurze Zeit, wenn sie jung, stark und gesund sind, auszubeuten, und die Reproduktionsarbeit, d.h. auch die Pflege und Erziehung der Kinder und der alten Menschen, räumlich zu lösen, in dem diese Probleme gar nicht erst ins Land hineingelassen werden. Doch der Manager- und Polizeiblick von oben auf die Migrant_innen berücksichtigt nicht, dass nicht Arbeitskräfte, sondern Menschen ins Land kommen. Insbesondere wird außer Acht gelassen, dass Migrant_innen in sozialen Beziehungen mit anderen Migrant_innen stehen. Somit wird systematisch die Entstehung sozialer Netzwerke von Migrant_innen unterschätzt. Ein territoriales staatliches Kontrollsystem versucht, gegen ein transnationales, netzwerkartiges System vorzugehen.

Mit ihren transnationalen sozialen Netzwerken entwickeln Arbeiter_innen Alltagswiderstand, der die Räume der Palmölindustrie verändert. Mit vernetzter autonomer Illegalität umgehen sie die Territorialisierung des Nationalstaats. Mit der *Lari*-Strategie überwinden sie die Unbeweglichkeit, die sie auf der Mühlen-Plantagen-*scale* festhalten soll. Durch das Erkämpfen von Permanenz produzieren sie Örtlichkeit auf den *estates* und verknüpfen diese mit konkreten Orten in Indonesien. Damit können sie sowohl kollektiven Widerstand in Form wilder Streiks organisieren als auch die biopolitische Körperkontrolle und die Verlagerung der Reproduktionsarbeit in Frage stellen.

Doch die Kämpfe der Palmölarbeiter_innen finden wenig Eingang in die Transnationalisierung der Palmölkampagnen, die nach wie vor eine bestimmte Verlinkung und *friction* aufweisen: „Regenwaldaktivist_innen“ verknüpfen „Indigene und Kleinbauern“ in Südostasien mit kritischen Konsument_innen in Europa. Das muss nicht so bleiben. Eine politische Organisation und eine transnationale Vernetzung der bisher eher alltagswiderständischen Arbeiter_innenkämpfe könnten dabei eine enorme Sprengkraft entwickeln und eine systematischere Vernetzung zwischen sozialen Bewegungen in Südostasien und Europa ermöglichen. Die politischen Rahmenbedingungen sind dafür günstig. In Indonesien entsteht langsam wieder eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung in der Palmölindustrie. In Malaysia politisiert sich mit den Erfolgen der Opposition *Pakatan Rakyat* die Gesellschaft. Zudem entwickelt sich entlang der Frage des Mindestlohns für Migrant_innen eine neue Bewegung von wilden Streiks und gewerkschaftlichen Kampagnen (z.B. die *Speak-Up!*-Kampagne der Holzarbeiter_innengewerkschaft).

Der Alltagswiderstand der Palmölarbeiter_innen bietet vielversprechende Ansätze für transnationale Organisationsstrategien. Die Netzwerke der Migrant_innen sind eine Möglichkeit, die Beschränkung auf der Palmölmühle-Plantagen-*scale* zu überwinden. Die Politisierung von vorhandenen Netzwerken, die schon jetzt mit Informationen und Organisation eine *Lari*-Strategie ermöglichen, könnten die wilden Streiks, die noch nur betriebsweise stattfinden, auf ganze Unternehmen oder auf die gesamte Industrie ausweiten. Die transnationale Verknüpfung mit Orten in Indonesien, die heute für die Umgehung von Grenzen genutzt werden, bietet wiederum einen Raum, in dem offene politische Diskussion und Organisationsentwicklung möglich sind – ein Potential, das schon von anderen Migrant_innenorganisationen, beispielsweise die *Serikat Buruh Migran Indonesia* (SBMI), erkannt wurde.

Dabei wären die Erfahrungen und speziellen Kenntnisse der in den Palmölkampagnen aktiven Organisationen und NGOs wichtige Ressourcen,

um den besonderen Problemen der Migrant_innen in der Palmölindustrie gerecht zu werden. Weil diese zusätzlich zur ökonomisch-sozialen auch politische und psycho-soziale Prekarisierung erfahren, sind politische und soziale Rechte genauso wichtig wie Lohnforderungen und Arbeitsbedingungen. Menschenrechtsstrategien für Menschen in der Illegalität wären hier wichtig, auch für „illegale“ Kinder und ihre Bildung. Auch die vorhandene Vernetzung der NGO-Aktivist_innen entlang der Wertschöpfungsketten könnte wichtige Ansätze liefern, um Arbeiter_innen transnational von der Plantage bis in die Raffinerien und Supermärkte miteinander zu verbinden. Erst wenn das Palmölprekariat als Akteur in Palmölkampagnen einbezogen wird, kann das Verhältnis zwischen Umwelt- und Arbeiter_innenkämpfen neu durchdacht und können die multiplen Kämpfe der Palmölindustrie produktiv zueinander in Beziehung gebracht werden.

Literatur

- Belina, Bernd, & Boris Michel (2011): *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Münster.
- Breman, Jan (1989): *Taming the Coolie Beast*. Delhi.
- Castells, Manuel (2010): *The Rise of the Network Society*. Chichester.
- Colchester, Marcus; Patrick Anderson; Asep Yunan Firdaus; Fatilda Hasibuan & Sophie Chao (2011): *Human rights abuses and land conflicts in the PT Asiatic Persada concession in Jambi*. Report of an Independent Investigation into Land Disputes and Forced Evictions in a Palm Oil Estate, Huma, Sawit Watch, Forest Peoples Programme. <http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/publication/2011/11/final-report-pt-ap-nov-2011-low-res-1.pdf>, letzter Aufruf: 10. 10. 2013.
- Colchester, Marcus; Abetnego Tarigan; Andiko; Rukaiyah Rofiq; Rivani Noor; Ahmad Zazali (Jalie); Stephanie Gorson Fried; Ashley Shaeffer; Arif Ilhamsyah & AW Boyce (2012): *Addressing systemic problems with Wilmar International. Letter to the International Finance Corporation*, 7. 3. 2012, <http://www.forestpeoples.org/sites/fpp/files/publication/2012/03/fpp-ifc-cao-3rd-complaint-follow-letter-re-systemic-issues-and-wilmar-march-2012.pdf>, letzter Aufruf: 10. 10. 2013.
- Danielson, Finn; Beukema Hendrien; Niel D. Burgess; Faizal Parish; Carsten A. Brühl; Paul F. Donald; Daniel Murdiyoso; Ben Phalan; Lucas Reijnders; Matthew Struebig & Emily B. Fitzherbert (2009): „Plantations on Forested Lands: Double Jeopardy for Biodiversity and Climate“. In: *Conservation Biology*, Bd. 23, Nr.2, S. 348-358.
- European Commission (2012a): *Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL amending Directive 98/70/EC relating to the quality of petrol and diesel fuels and amending Directive 2009/28/EC on the promotion of the use of energy from renewable sources*. http://ec.europa.eu/clima/policies/transport/fuel/docs/com_2012_595_en.pdf, letzter Aufruf: 10. 10. 2013.
- European Commission (2012b): „COMMISSION IMPLEMENTING DECISION of 23 November 2012 on recognition of the ‘Roundtable on Sustainable Palm Oil RED’ scheme for demonstrating compliance with the sustainability criteria under Directives 98/70/EC and 2009/28/EC of the European Parliament and of the Council“. In: *Official Journal of*

- the European Union. L 326/53, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:326:0053:0054:EN:PDF>, letzter Aufruf: 10. 10. 2013.
- Ginting, Longgena, & Oliver Pye (2013): „Resisting Agribusiness Development: The Merauke Integrated Food and Energy Estate in West Papua, Indonesia“. In: *ASEAS – Austrian Journal of South-East Asian Studies*, Bd. 6, Nr. 1, S. 160-182.
- Görg, Christoph (1999): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Münster.
- Hall, Derek (2011): „Land grabs, land control, and Southeast Asian crop booms“. In: *The Journal of Peasant Studies*, Bd. 38, Nr. 4, S. 837-857.
- Harvey, David (2001): *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*. Edinburgh.
- Herod, Andrew (2011): „Von der Geographie der Arbeit zur Arbeitsgeographie: Der spatial fix der Arbeit und die Geographie des Kapitalismus“. In: Belina & Michel 2011, S. 172-204.
- Hess, Sabine (2005): „Transnationale Räume: Widerständige soziale Sphären oder neue Form der globalen Zurichtung von Arbeitskraft“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 97/98, S. 151-171.
- Hooijer, Aljosja; Susan Page; J.G. Canadell; Marcel Silvius; Henk Wösten & J. Kwadijk (2010): „Current and Future CO₂ Emissions from Drained Peatlands in Southeast Asia“. In: *Biogeosciences*, Bd. 7, S. 1505–1514.
- Idrus, Nurul Ilmi (2008): „Makkunrai passimokolo’. Bugis Migrant Women Workers in Malaysia“. In: Ford, Michelle, & Lyn Parker (Hg.): *Women and Work in Indonesia*. London, S. 155-194.
- Jessop, Bob; Neil Brenner & Martin Jones (2008): „Theorizing sociospatial relations“. In: *Environment and Planning D: Society and Space*, Bd. 26, Nr. 3, S. 389-401.
- Jordan, Rolf (2005): „Das Geschäft mit der Arbeitsmigration in Malaysia“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 97/98, S. 134-150.
- Karakayali, Serhat & Vassilis Tsianos (2005): „Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 97/98, S. 35-64.
- Keck, Margaret, & Kathryn Sikkink (1998): *Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics*. Ithaca, NY.
- Kelly, Philip F. (2002): „Spaces of Labour Control: Comparative Perspectives from Southeast Asia“. In: *Transactions of the Institute of British Geographers, New Series*, Bd. 27, Nr. 4, S. 395-411.
- Koh, Lian Pin, & David S. Wilcove (2008): „Is Oil Palm Agriculture Really Destroying Tropical Biodiversity?“. In: *Conservation Letters*, Bd. 1, Nr. 2, S. 60–64.
- Li, Tania Murray (2007): *The Will to Improve. Governmentality, Development, and the Practice of Politics*. Durham.
- Li, Tania Murray (2009): „To make live or let die? Rural Dispossession and the Protection of Surplus Populations“. In: *Antipode*, Bd. 41, Nr. 1, S. 66–93.
- Li, Tania Murray (2011): „Centering Labor in the Land Grab Debate“. In: *The Journal of Peasant Studies*, Bd. 38, Nr. 2, S. 281-298.
- Mazzucato, Valentina (2004): „Transcending the Nation. Explorations of Transnationalism as a Concept and Phenomenon“. In: Kalb, Don; Wil Pansters & Hans Siebers (Hg.): *Globalization and Development. Themes and Concepts in Current Research*. Dordrecht, S. 131-162.
- McCarthy, John F. (2010): „Processes of Inclusion and Adverse Incorporation: Oil Palm and Agrarian Change in Sumatra, Indonesia“. In: *Journal of Peasant Studies*, Bd. 37, Nr. 4, S. 821-850.
- McCarthy, John F., & Robert Cram (2009): „Policy Narratives, Landholder Engagement, and Oil Palm Expansion on the Malaysian and Indonesian Frontiers“. In: *Geographical Journal*, Bd. 175, Nr. 2, S. 112-123.
- Mezzadra, Sandro (2011): „The Gaze of Autonomy: Capitalism, Migration and Social Struggles“. In: Squire, Vicki (Hg.): *The Contested Politics of Mobility. Borderzones and Irregularity*. London, S. 121-142.

- Milieudefensie; Lembaga Gemawan; KONTAK Rakyat Borneo (2007): „*Policy, Practice, Pride and Prejudice*“. *Review of Legal, Environmental and Social Practices of Oil Palm Plantation Companies of the Wilmar Group in Sambas District, West Kalimantan (Indonesia)*. Amsterdam.
- Nagata, Junji, & Sachiho W. Arai (2012): „Evolutionary Change in the Oil Palm Plantation Sector in Riau Province, Sumatra“. In: Pye, Oliver, & Jayati Bhattacharya (Hg.): *The Palm Oil Controversy in Southeast Asia. A Transnational Perspective*. Singapore, S. 76-96.
- Neslen, Arthur (2013): *Biofuels Industry sent 'Three Mails an Hour' in ILUC Lobby Offensive*. <http://www.euractiv.com/energy/biofuels-industry-sent-mails-hou-news-519531>, letzter Aufruf: 10. 10. 2013.
- Nikoloyuk, Jordan; Tom R. Burns & Reinier de Man (2010): „The Promise and Limitations of Partnered Governance: The Case of Sustainable Palm Oil“. In: *Corporate Governance*, Bd. 10, Nr. 1, S. 59-72.
- Noor, Rivani (2011): *Chronologie der Zerstörung des Dorfes Sungai Beruang durch die Mobilen Brigaden der Polizei und PT Asiatic Persada*. http://www.robinwood.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Tropenwald/2011-08-15-Chronologie-Sungai_Beruang_02.pdf, letzter Aufruf: 10. 10. 2013.
- Peluso, Nancy Lee; Suraya Afif & Noer Fauzi Rachman (2008): „Claiming the Grounds for Reform: Agrarian and Environmental Movements in Indonesia“. In: Borras, Saturnino M.; Marc Edelman & Cristobál Kay (Hg.): *Transnational Agrarian Movements Confronting Globalization*. Chichester, S. 209-238.
- Peluso, Nancy Lee, & Christian Lund (2011): „New Frontiers of Land Control: Introduction“. In: *Journal of Peasant Studies*, Bd. 38, Nr. 4, S. 667-681.
- Pries, Ludger (2008): *Die Transnationalisierung der sozialen Welt*. Frankfurt.
- Pye, Oliver (2008): „Nachhaltige Profitmaximierung. Der Palmöl-Industrielle Komplex und die Debatte um 'nachhaltige Biotreibstoffe'“. In: *PERIPHERIE*, Nr.112, S. 429-455.
- Pye, Oliver (2009a): „Biospritbankrott: Europäische Klimapolitik, Palmöl und kapitalistische Naturverhältnisse in Südostasien“. In: *PROKLA*, Nr. 156, S. 441-457.
- Pye, Oliver (2009b): „Palmöl und die Transnationalisierung des Protests“. In: Hoering, Uwe; Oliver Pye; Wolfram Schaffar & Christa Wichterich (Hg.): *Globalisierung bringt Bewegung. Lokale Kämpfe und transnationale Vernetzungen in Asien*. Münster, S. 69-87.
- Pye, Oliver (2010): „The Biofuel Connection: Transnational Activism and the Palm Oil Boom“. In: *Journal of Peasant Studies*, Bd. 37, Nr. 4, S. 851-874.
- Ramasamy, Palanisamy (1994): *Plantation Labour, Unions, Capital, and the State in Peninsular Malaysia*. Kuala Lumpur.
- Reijnders, Lucas, & Mark Huijbregts (2008): „Palm Oil and the Emission of Carbon-based Greenhouse Gases“. In: *Journal of Cleaner Production*, Bd. 16, Nr. 4, S. 477-482.
- Robin Wood (2012): *Die Nachhaltigkeitslüge. Wie die Palmölindustrie die Welt belügt*. <http://palmoilleaks.org/>, letzter Aufruf: 21. 10.2013.
- Scott, James (1977): *The Moral Economy of the Peasant. Rebellion and Subsistence in South-east Asia*. New York, NY.
- Siagian, Saurlin P.; Amin Siahaan Buyung & Nur Khairani (2011): *The Loss of Reason. Human Rights Violations in the Oil-Palm Plantations in Indonesia*. <http://www.niemandisstuersichallein.de/downloads/niemand-isst-fuer-sich-allein/loss-of-reason.pdf>, letzter Aufruf: 21. 10. 2013.
- Smith, Neil (1984): *Uneven Development: Capitalism, Nature and the Production of Space*. Oxford.
- Smith, Neil (2011): „Die Produktion des Raums“. In: Belina & Michel 2011, S. 61-76.
- Stoler, Ann Laura (1995): *Capitalism and Confrontation in Sumatra's Plantation Belt, 1870-1979*. Ann Arbor, MI.

Tarrow, Sidney (2005): *The New Transnational Activism*. Cambridge.

Tenaganita (2006): *Acting today for tomorrow's Generation*. Documentation of the Regional Conference on Stateless/Undocumented Children in Sabah, 16-18 November 2005. Kota Kinabalu.

Tsing, Anna L. (2005): *Friction. An Ethnography of Global Connection*. Princeton, NJ.

Wilmar (2013): *Wilmar International Limited 2012 Annual Report*. http://media.corporate-ir.net/media_files/IROL/16/164878/Wilmar_International_Limited_AR_2012.pdf, letzter Aufruf: 27. 6. 2013.

Anschrift des Autors:

Oliver Pye

oliver.pye@uni-bonn.de

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

63

Bildung und Marktregime

Demokratie und Bildung; Exzellenz statt Chancengleichheit; Dynamik und Defizite berufsorientierter Bildung; Brückenangebote, Geringqualifizierte und Prekarität; Gender Studies; Unternehmerische Hochschule; Autonome Schule; Politische Bildung in den Gewerkschaften; Bildungsproteste; Bildungsökonomie; Schulische Selektion und Arbeitsmarkt

U. Brand, V. Polito, K. Weber, P. Dehnbostel, S. Künzli, R. Scherrer, H. Lindenmeyer, L. Fankhauser, W. Schöni, A. Dietschi, Diskussionsgruppe ASZ, C. Goll, L. Abujatum Berndt, P. Streckeisen, T. Ragni

Diskussion

E. Borst: Schwarmintelligenz – eine Kritik
U. Klemm: Lernen im Horizont der Weltgesellschaft
R. Bossart: Bildung als Inklusionsutopie
U. Mäder / H. Schmassmann: Wertfreie Forschung?

224 Seiten, € 18.– (Abonnement € 27.–)

zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich

Tel./Fax +41 44 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Diskussion

Samantha Hargreaves

Das Massaker von Marikana: Unbezahlte Arbeit von Frauen, Unternehmensprofite und die Vernachlässigung durch den Staat*

Mit dem Massaker an 34 streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern, das von der Polizei in der *Lonmin*-Platinmine in Südafrika verübt wurde, wurde die Weltöffentlichkeit auf die dort herrschenden schrecklichen Arbeits- und Lebensbedingungen aufmerksam gemacht. Die Last der inhumanen Verhältnisse haben vor allem Frauen zu tragen, die neben ihrer formellen oder informellen Erwerbsarbeit zusätzliche, unbezahlte schwere Arbeit leisten müssen, um mit den größten Mängeln fertig zu werden. Unmittelbar neben dem Ort, an dem bei *Marikana* am 16. 8. 2012 das Polizei-Massaker an den Streikenden von *Lonmin* stattfand, zwei Auto-Stunden nordwestlich von *Johannesburg*, leben viele Tausend Bewohner_innen der Hütten-siedlung *Wonderkop* unter hoffnungslosen und menschenunwürdigen Bedingungen. Die billige Arbeit der Männer und die unbezahlte Arbeit der Frauen, welche die vorwiegend männlichen Arbeitskräfte der Mine reproduzieren, garantieren Spitzengewinne für *Lonmin*.

Dieses System hätte 1994 enden sollen, wurde jedoch über die letzten 19 Jahre hinweg in vielerlei Hinsicht eher ausgebaut. Nach dem Ende der Apartheid hatten die Minenarbeiter und ihre Familien berechtigterweise auf gesetzliche Rahmenbedingungen hoffen dürfen, die in den Unternehmen zum Tragen kommen und Unterstützungsleistungen für die lokalen Gemeinden und die Arbeitskräfte im Bergbau gewährleisten würden. In der Tat hätten sie zum ersten Mal in ihrem Leben öffentliche Dienstleistungen erwarten können, die ihre verfassungsmäßige Rolle erfüllen und ihren rechtlichen Verpflichtungen gerecht würden, den Bürger_innen Schutz zu gewähren und ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. In der Geschichte von *Marikana* geht es um mehr als einen Streik für höhere Löhne: Es ist auch eine Geschichte der Krise der sozialen Reproduktion. Vernachlässigung durch den Staat und

* Der Artikel erschien zuerst in: *Third World Resurgence*, Nr. 271/272, März/April 2013, S. 35-37, <http://www.twinside.org.sg/title2/resurgence/2013/271-272/cover08.htm>. Wir danken der Autorin und den Herausgebern für die freundliche Erlaubnis der Übersetzung des Abdrucks.

die Gier der Unternehmen haben die Krise in den Haushalten verschärft, die von den Minen bis zu den Herkunftsorten der migrantischen Arbeitskräfte in weit abgelegenen Regionen und den Nachbarstaaten reicht. Die engstirnigen, von Männern dominierten Gewerkschaften und die engen, nur an der Arbeit orientierten Interessen lassen Hoffnung auf einen radikalen Wandel an Orten wie *Wonderkop* nur von den Kämpfen der Frauen erwarten. Die Herausforderung besteht darin, die Kämpfe der überwiegend männlichen Minenarbeiter mit der Solidaritätsarbeit von Umweltgruppen zu verbinden, um gegen das extraktivistische Entwicklungsmodell mit seinen sozialen, ökonomischen und ökologischen Kosten, die überwiegend von der (männlichen) Arbeiterschaft und den Frauen in der Landwirtschaft getragen werden, Front zu machen.

Die Nachlässigkeit des Staates verstärkt die Belastungen der Frauen

Wonderkop ist eine informelle Siedlung. Schmutzige Straßen mit tiefen Schlaglöchern münden in schmale Gassen, die während der Regenzeit unpassierbar werden. Die Mehrheit der Bewohner_innen lebt in Hütten aus Holz und Wellblech. Diejenigen, die mehr Zuversicht in ihre Besitzansprüche haben, investieren in kleine Hütten aus Lehmziegeln oder sogar hier und dort in regelrechte Backsteinhäuser. Die Vorläufigkeit der Unterkünfte bereitet den Frauen großen Stress und zusätzliche Arbeit. So berichtet eine Frau aus *Wonderkop*: „Mit den Hütten und ohne Straßen gibt es nur Dreck, draußen und drinnen.“ Eine andere meint: „Wenn es windig ist, stecke ich meine Kids unters Bett, falls die Hütte über ihnen und mir zusammenfällt.“ Die Bewohner_innen haben sich von Hand gegrabene Latrinen angelegt, aber viele verrichten ihr Geschäft auf dem offenen Feld oder in den Straßen nebenan; in den Abwassergräben an den Straßen steht der Unrat. Diejenigen, die etwas sparen können, lassen sich für einen Preis von 80 US\$ einen Brunnen bohren, die übrigen können sich Wasser nur beschaffen, indem sie in langen Schlangen am frühen Morgen anstehen. „Mittags ist das Wasser aus den öffentlichen Zapfstellen zu Ende“, sagt eine Frau.

Die nächsten Krankenhäuser liegen mehr als 20 km entfernt und verfügen nur über armselige Notfalleinrichtungen. Man kann sie nur erreichen, wenn man einen privaten Transport organisiert, der für die einfache Fahrt mehr als 50 US\$ kostet. Die Bewohner_innen sind so auf die brechend volle private Klinik von *Lonmin* mit ihren beschränkten Möglichkeiten und einer unzureichenden Ausstattung angewiesen, wie sich eine Frau beschwert: „Noch nicht einmal die Waagen funktionieren.“ Die Schulen sind überfüllt, liegen

weitauf, und die Eltern müssen für die hohen Transportkosten aufkommen. Sie fordern mehr Schulgeld als gesetzlich vorgesehen. Für viele wird daher der Schulbesuch unerschwinglich. Es gibt keine reguläre Stromversorgung in der Siedlung, was zu gefährlichen „illegalen“ Anschlüssen führt. So klagt eine Frau: „Wenn es regnet, bekommen die Kinder Stromschläge. Ohne sichere Energieversorgung sind die Bewohner auf riskante Alternativen angewiesen, gefährliche Leuchten, an denen die Leute sterben, und Paraffin-Öfen, an denen sie sich verbrennen, wenn die Öfen umfallen.“

Die Lasten dieser armseligen Lebensbedingungen tragen in der Hauptsache die Frauen und die älteren Kinder, die sich ohne Lohn um den Haushalt kümmern, indem sie sauberes Wasser heranschaffen, die Kranken betreuen, Essen aufreiben und es zubereiten usw. Für viele Frauen bedeutet dies Stunden um Stunden harter Arbeit neben ihrer bezahlten formellen oder informellen Erwerbstätigkeit.

Bergbauunternehmen verschärfen Ungleichheit und Ungerechtigkeit

Leben ist für die Bewohner_innen von *Wonderkop* nahezu unmöglich, wie für schätzungsweise ein Viertel der Haushalte in Südafrika, die in solchen irregulären Siedlungen hausen. An *Wonderkop* und ähnlichen Bergbausiedlungen sticht jedoch hervor, dass die Bewohner_innen im Schatten und in Abhängigkeit von den Minen leben, deren Schächte ein extrem seltenes und begehrtes Metall ans Licht fördern: Platin.

Lonmin, in dessen Stollen die Mehrheit der Arbeitskräfte von *Wonderkop* arbeitet, ist der drittgrößte Platinproduzent der Welt und verfügt mit 78 % über die größten Reserven an Platin. Im Jahr 2012 liefen die Geschäfte der Mine aufgrund des Preisverfalls bei Platin-Metallen schlecht; darauf folgten im August und September Streiks, welche die Produktion erheblich reduzierten. Nach einer Erholungsphase erfreute sich *Lonmin* im letzten Quartal des Jahres 2012 enormer Profiten – wie auch schon vorher, als in zwei Aufschwüngen die Preise für Platin in die Höhe schnellten. Allein im Jahr 2011 stiegen die Gewinne um 64 % auf 226 Mio. US\$ bzw. 112 US-Cent pro Aktie, und übertrafen die mittlere Marke von 84 US-Cent, die 18 von Bloomberg befragte Analyst_innen geschätzt hatten. Im Vergleich zu diesen erheblichen Unternehmensgewinnen kostete im Jahr 2012 ein Arbeiter am Steinbohrer das Unternehmen monatlich alles in allem durchschnittlich 1.130 US\$. Von diesem Betrag gab es viele Abzüge, sodass der Verdienst, den der Arbeiter mit nach Hause nehmen konnte, zwischen 325 und 645 US\$ monatlich lag. Der Geschäftsführer von *Lonmin* verdiente 2012 dagegen 129.192 US\$ im

Monat. Die Summe der Einkommen der drei Spitzenmanager bei *Lonmin* lag über dem von 3.600 Arbeitern an den Felsbohrern, die wegen eines monatlichen Mindestlohns von 1.346 US\$ in den Ausstand traten.

Im Gegensatz zu den bedeutenden Profiten, welche die Mine in mehr als einem Jahrzehnt aufgehäuft hatte und die generös an Aktionäre und leitende Manager verteilt wurden, leben die Arbeiter in unbeschreiblichem Elend. Die Mine offeriert den Arbeitern und ihren Familien minimale Sozialleistungen in Form einer Klinik in *Wonderkop* (und eines Krankenhauses für die Arbeiter selbst) sowie einigen Stellen zur Wasserverteilung. Projekte zur Förderung von *corporate social responsibility* (CSR) bestanden aus einigen Investitionen in Bildung und Ernährung sowie einem fehlgeschlagenen Hydrokulturprojekt. *Lonmin* brüstet sich für 2012 mit Investitionen von 39 Mio. Rand in Gemeinschaftsprojekte, die begeisterte Unterstützung der Weltbank aus dem Jahr 2007 erhielten. Aber im Vergleich zur Gesamtsumme an Profiten und den überhöhten Managergehältern blieben die Ergebnisse dieser Wohltaten bescheiden, in den Worten eines Bergarbeiters: „Die Leute leben unter unglaublichen Bedingungen. Es macht mich verrückt, wenn ich das Minenunternehmen ansehe, wie gewaltig es ist. Es ist eine Gruppe von Weltklasseleuten, die so viel Geld machen; aber schau Dir unsere Gemeinde an. Schau, wie wir leben müssen.“

Vor dem Massaker im August 2012 konnte ein Arbeiter entweder in überfüllten Herbergen mit acht Mann pro Zimmer und 40 in einem Block mit nur einer Waschegelegenheit wohnen oder alternativ einen Zuschuss zu einem „living out“ von 200 US\$ monatlich akzeptieren. Von den 28.000 Arbeitern der Mine lebten 2012 nur 3.000 in den Herbergen; die Mehrheit entschied sich den Zuschuss.

Staat und Unternehmen drücken sich vor der Pflicht, Arbeitern und ihren Familien Unterkunft und Sozialdienste zu stellen

Die nach Ende der Apartheid erlassene *Mining Charter* von 2002 und der *Basic Conditions of Employment Act* sahen für die Minenunternehmen Schlupflöcher in Form der Wohnzuschüsse vor. Damit befreiten sich die Minen von der Pflicht, die notwendigen Unterkünfte und Einrichtungen für die Arbeiter vorzusehen. Die Zuschüsse wurden zunächst als Teil einer Strategie eingeführt, nach und nach die Herbergen abzuschaffen und das System der Wanderarbeit auslaufen zu lassen, indem den Familien geholfen werden sollte, bei den Minenarbeitern zu leben. Jedoch erreichte die Bereitstellung von Wohnungen nie das tatsächlich benötigte Ausmaß. *Lonmin* behauptet, 1.149 Häuser errichtet und 60 Herbergsblöcke zu Einzel- und

Familienwohnungen umgebaut zu haben. Das reichte jedoch in keiner Weise aus, eine Belegschaft von 28.000 Personen und ihre Angehörigen unterzubringen. Die Wohnungszuschüsse schoben die Verantwortung für die Schaffung von Wohnraum und Dienstleistungen auf die einzelnen Arbeiter ab. Aber bei den hohen Bau- und Kreditkosten können Einzelne diese Aufgabe nicht übernehmen. Eine effektive Strategie der Wohnraumbeschaffung können nur geeignete Institutionen mit dem nötigen Kapital und den nötigen Fähigkeiten in Angriff nehmen: also das Bergbauunternehmen in Zusammenarbeit mit den Bezirksregierungen und mit ausreichender staatlicher Unterstützung.

Die gegenwärtige Situation unterscheidet sich stark von der Vergangenheit während der Apartheid, als die Bergbauunternehmen ganze Minenstädte schufen. Hier lebten die weißen Arbeitskräfte in hübschen Minendörfern mit Familienunterkünften guter Qualität, während die schwarzen Arbeiter_innen in armseligen Herbergen hausten. Es gibt jedoch zeitgenössische Beispiele in Zimbabwe dafür, was getan werden kann, wenn die gesetzlichen Verpflichtungen und der Staat die Bergbauunternehmen dazu anhalten, angemessene Lebensbedingungen für ihre Arbeitskräfte sicherzustellen.

Die *Benchmark-Foundation*, eine südafrikanische NGO mit kirchlichem Hintergrund, die sich auf CSR in extraktiven Industrien spezialisiert hat, nennt die Minen *Mimosa* und *Ngezi* als führende Beispiele. Nach Angaben der Stiftung verfügen diese Minen über ein komplettes Schulsystem; die Arbeitskräfte leben in regulären Wohnungen mit einem annehmbaren Standard an Dienstleistungen. Auf *Mimosa* verfügt jede Arbeitskraft, männlich oder weiblich, über ein eigenes Haus mit genügend Raum, um ihre Familie unterzubringen. In Südafrika, wo es keine gesetzlichen Regelungen zu Minimalstandards für Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen gibt, ist dasselbe Unternehmen – *Impala Platinum* – weit davon entfernt, diesen Standard zu erreichen, obwohl Zimbabwe das bei weitem ärmere Land ist.

Die örtlichen Regierungsstellen in Südafrika sind durch Verfassung, Gesetze auf Bezirksebene und Richtlinien verpflichtet, in ihrem Zuständigkeitsbereich für die Bevölkerung Wohnraum und Dienstleistungen bereitzustellen. Der Bezirk *Rustenberg*, zu dem *Marikana Town* und die Siedlung *Wonderkop* gehören, ist jedoch seit Jahren durch Korruption gespalten. Nachdem eine Reihe von Rechnungsprüfungen deren systematischen Charakter offengelegt hatte, gelang es dem Bezirk, seine Bücher in Ordnung zu bringen, jedoch zu Lasten der öffentlichen Dienstleistungen. Die Einwohner_innen von *Marikana*, die ohne die notwendige Grundversorgung auskommen mussten, wurden zunehmend verärgert – insbesondere da sie in dem Gebiet mit der zweithöchsten Wachstumsrate des Landes im

Jahr 2010 lebten: mit einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von 3,9 % gegenüber dem nationalen Durchschnitt von 2,8 %.

In *Wonderkop* und ähnlichen informellen Siedlungen an der Bergbaufront ist das absolute Versagen des Staates und der Unternehmen, Arbeitskräfte unterzubringen und ein Minimum an Sozialleistungen zu gewähren, mit Händen greifbar. Der Staat entbindet die Bergbauunternehmen von jeglicher Verantwortung. Die 150jährige Geschichte der Minenunternehmen, die auf dem Rücken der schwarzen Arbeiter_innen massive Gewinne akkumulierten, setzt sich dank des Zusammenspiels billiger männlicher Arbeitskraft und der unbezahlten Arbeit von Frauen ungebrochen fort. Das System der Wanderarbeit war wie geschaffen zur Maximierung des Bergbaukapitals. Es gründete sich darauf, dass die Migration der Familien verhindert werden konnte und die Zuständigkeit für die soziale Reproduktion der Arbeitskräfte und der nächsten Generation in den ländlichen Gebieten verblieb.

Die Frauen in der Landwirtschaft fuhren fort, Nahrungsmittel anzubauen, die Kinder aufzuziehen und die kranken Bergleute nach ihrer Rückkehr zu den Entsenderegionen in Südafrika zu versorgen. Die unbezahlte Arbeit der Frauen trat an die Stelle von Gesundheitsversorgung und anderen Diensten für Bergleute, die an vielen durch die langjährige Arbeit in den Minen verursachten Krankheiten litten. Dieses System entlastete auch den Staat von seinen Verpflichtungen, öffentliche Leistungen sowohl in den Entsende- als auch den Aufnahmeeregionen bereitzustellen. Länger als ein Jahrhundert war daher die unbezahlte Arbeit von Frauen quer durch alle Sektoren ausschlaggebend für die Akkumulationsstrategie der Minenunternehmen.

Die Arbeitskämpfe und die Gewerkschaften erreichen keine Verbesserung der Lebensbedingungen

Im Oktober 2012 erreichten die Arbeitskräfte von *Lonmin* eine Erhöhung ihrer Einkommen um 22 %. Dies stellt einen beachtlichen Sieg nach einem der blutigsten Streiks in der Geschichte Südafrikas dar. Jedoch konzentrierte sich die neue Gewerkschaft, die den Streik am stärksten aktiv unterstützte, wie auch die entstehenden Organisationen von Arbeitern (erst Streik-, dann Arbeiterkomitees genannt) ausschließlich auf die Forderung nach der Erhöhung des Mindestlohns. Trotz der anhaltend miserablen Lebensbedingungen der Arbeiter und ihrer Familien und des offenkundigen Versagens des Staates und der Mine spielten Forderungen in Bezug auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeit in dem Monate dauernden Streik keine Rolle. Ebenso wenig kam die tiefe Verschuldung der Bergleute, in die diese durch einen unregulierten und profitorientierten Finanzdienstleistungssektor

getrieben wurden, in den Blick. Der Fokus auf die Löhne unter Ausschluss der kritischen sozialen und ökonomischen Belange verweist auf eine enge ökonomistische, tief vom männlichen Arbeiterbewusstsein geprägte Position. Die Mehrheit der Arbeitskräfte bei *Lonmin* sind Männer; Frauen machen weniger als 6 % der Gesamtbelegschaft aus. Weibliche Bergleute beklagen sich darüber, dass die Gewerkschaften sich nicht um die Belange der weiblichen Arbeitskräfte bemühen, wozu unter anderem Gewalt und sexuelle Belästigung, Mutterschaftsurlaub oder das Fehlen von geeigneten Waschräumen zählen.

Wenn auf die Stimmen der Frauen mit ihren Forderungen nach Wohnung und Sozialleistungen gehört würde, dann müssten die traditionellen Gewerkschaften wie die neuen demokratischen Arbeitervertretungen ihre Aufmerksamkeit auch auf die Krise der Reproduktion richten. Die Forderungen an Staat und Unternehmen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, würden damit auch eine breitere und reichhaltigere Debatte um die Fragen der Sozialpolitik eröffnen. Diese breitere Herangehensweise könnte jetzt entstehen. Die Frauen von *Wonderkop* standen während des langen Streiks fest an der Seite ihrer Männer, der Ehemänner, Söhne, Brüder und Geliebten. Sie machten mobil für die Verurteilung des Polizeieinsatzes und forderten, den Staat für das blutige Massaker zur Rechenschaft zu ziehen. Aber sie haben auch als Frauen agitiert und die harten Bedingungen in der Siedlung öffentlich gemacht, unter anderem durch einen Marsch von gut 1.000 Frauen (ausschließlich Frauen) zur lokalen Polizeistation.

Zusammen mit anderen haben sie für ein gemeinschaftliches Arbeitsprogramm geworben, das den Bedürfnissen für bessere, reguläre Straßen und entlohnte Beschäftigung von Frauen in einer von Männern dominierten Umwelt gerecht werden kann. Die Sorgen der Frauen um die schwere Last der sozialen Reproduktion zeigen sich in ihren Kämpfen, auch wenn sich diese zurzeit etwas von denen der (männlichen) Arbeiter getrennt haben. Die besten Aussichten auf eine anhaltende, radikale Herausforderung des profitorientierten, von Migration abhängigen extraktivistischen Modells einer Fehlentwicklung, das die Grundlagen des Lebens und seiner Reproduktion zerstört, bestehen in einer Vereinigung dieser Kämpfe, orientiert an den von den Frauen entwickelten Perspektiven und Lösungen.

Aus dem Englischen übersetzt von Hanns Wienold

Anschrift der Autorin:
Samantha Hargreaves
samantha.hargreaves@ianra.org